

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
28 (1914)**

42 (19.2.1914)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-576356](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-576356)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Münstingen, Peterstraße Nr. 76. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Abonnementpreis bei Voranschuss für einen Monat einschließlich Briefporto 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf. einj. Postgeld.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die halbspaltige Zeile oder deren Raum für die Inserenten in Münstingen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filiale mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unerbittlich. Retenanzzeile 50 Pf.

28. Jahrgang.

Münstingen, Donnerstag den 19. Februar 1914.

Nr. 42.

Vom Tage.

Im Reichstage wurden gestern einige von der Sozialdemokratie eingebrachte sozialpolitische Resolutionen abgelehnt, dagegen der Beitrag zu den olympischen Spielen bewilligt.

Für die Stichwahl in Zerichow veröffentlicht die fortschrittliche Volkspartei eine gegen die Konservativen gerichtete Erklärung.

Bei der gestrigen Reichstagserversammlung in Köln-Land wurde der Zentrumssabg. Kuffhof, dessen Mandat unlängst fassiert wurde, wiedergewählt.

Der österreichische Buchdruckerstreik ist beendet.

Wegen Arbeitslosigkeit versuchte in einem Dorfe bei Kassel ein Arbeiter seine Frau und seine drei Kinder zu töten.

Die Steuermegelei und ihre Lehren.

Dass die Reichen und Allerreichsten über ihre wirklichen Vermögen und Einkünfte selten oder gar nicht die Wahrheit gesagt haben, selbst wenn ihr Patriotismus sie dazu hätte treiben sollen, ist im Laufe der Jahre satzungsbekannt geworden. Mein schon die Zahl der Steuerhinterzugerproben beweist nach dieser Richtung genug. Was doch selbst das Blatt der Aristokratie, die „Neue Welt“, die Zahl der Strafverfahren gegen Steuerhinterzuger im Jahre 1913 auf 2350 angegeben, woraus genau 918 583 Mark Strafgebuhr eingezogen werden konnten. An Nachsteuern wurden außerdem noch rund 800 000 Mark in die Staatskassen geleitet. Aber trotz alledem darf man aus diesen Ziffern nicht schließen, daß alle die hochvernehmen Steuerhinterzuger erwischt worden sind.

Dass nur die kleinste Zahl erwischt worden ist, das beweisen uns mit unbemerklicher Sicherheit die neuesten Vermögensangaben zur Feststellung des Wehrbeitrages. Die vorhandenen Geleitzmacher, die in das Wehrbeitragsgesetz den Steuerhinterzugerparagrafen einfügten, wußten, was sie taten und — und wußten, was ihnen verheimlicht worden war. Die Angst, daß endlich einmal der ungläubige Steuerbetrag der Wehrbeiträge an Licht kommen muß, hat den Steuerparagrafen geschaffen, der für die verlassenen Wehrbeiträge Straffreiheit garantiert. Das die Furcht vor einer Enttarnung der Patrioten aber so stark begründet war, wie man zurzeit aus den Vermögenserklärungen erleben kann, hätte niemand geahnt. An all den Millionen und Milliarden ungeachteter Vermögen, die jetzt an allen Ecken und Enden aus der Verheimlichung aufstehen, kann man erst erkennen, wie gegenwärtig der Vorstoß der 110 im Reichstage

war, auf eine solche Kopfsteuer der Reichen zu drängen.

Nicht nur der Staat und die Kommunen haben riesige Vorteile von diesen bisher verborgenen Goldquellen, sondern man wird auch dem politisch Denkfähigen im Staate ein Eisenrieder darüber aufgeben, wo die Reute stecken, die die Mittel für unseren wahnwitzigen Militarismus und Marinismus haben. Wenn bisher die schamlose Karole immer so lautete: Heraus mit dem letzten Groschen aus den Taschen der Armen — die Karole des Lebensmittelmägers — so muß von jetzt ab die Karole lauten: Heraus mit den verborgen gehaltenen Geldschränken der Reichen und Allerreichsten.

Und wieviel noch herausgeholt werden kann von dem mächtigen Reichthum, dafür wollen wir in folgendem ein überaus lehrreiches Beispiel anführen. Der frühere Regierungsrat Martin, der Herausgeber des bekannten Jahrbuchs der „Breslauer Zeitung“, eine überaus zeitgemäße und interessante Ausgrabung.

Der Fürst v. Fürstenberg hat im vergangenen Jahre bei der Deutschen Bank eine Anleihe von 22 Millionen Mark gemacht und mußte dafür umfangreiche Ländereien seines Meienbesitzes und Erträge dieser Ländereien und Forsten verpfänden. Es ist bisher zum ersten Male gesehen, daß eine solche Anleihe auf gebundenen Besitz aufgenommen worden ist. Die Bank ging zu Werke, wie sie sonst bei anderen Transaktionen auch tut, und ließ den Besitz durch ihre Sachverständigen abschätzen. Dabei ergab sich eine ganz außerordentlich überaus hohe Kasse. Die Bank hat den für die Anleihe verpfändeten Teil des Meienbesitzes in Baden mit insgesamt 91,2 Millionen Mark verpfändet, während der gesamte badiische Besitz an Acker und Forsten bei der Erbvernahme des jetzigen Fürsten von Fürstenberg zum Zwecke der Festsetzung der Erbschaftsteuer mit einem Wert von 40 Millionen Mark deklariert wurde. Diese Werthfestsetzung erfolgte im Einvernehmen mit dem badiischen Staate und man darf daraus schließen, welcher Art solche Taxierungen sind.

Regierungsrat Martin geht nun in seiner Unterredung weiter und kommt auf Grund der Taxmethode der Deutschen Bank auch zu Schlüssen über das Vermögen des größten deutschen Grundbesitzers: Wilhelm II. Martin geht ein, daß die amtlichen (geliebten) Vermögenslisten des Staates, aus denen er seine Handbücher der Millionenare bearbeitet habe, etwas an Bedeutung verloren haben, wenn die Kassen solche ungeheure Differenzen aufweisen. Aber er bemerkt nun auch sofort das Verfahren der Deutschen Bank und rechnet verschiedene interessante Ertragsaus. Zu seinem Jahrbuche hat er z. B. auf Grund der amtlichen Quellen als Vermögen Wilhelm II. 140 Millionen angegeben. Jetzt aber revidiert er diese Angaben und berechnet das Vermögen Wilhelm II. auf 394 Millionen Mark. Nach dem Schätzungsverfahren der Deutschen Bank übertrug also der deutsche Kaiser mit

seinem Vermögen das der Frau Berta Krupp um 74 Millionen Mark, das im Januar 1914 auf etwa 320 Millionen geschätzt wird.

Aber auch das Vermögen des Großherzogs Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz erscheint nach diesem neueren Maßstab in einem ganz anderen Lichte. Es beträgt nicht nur 224 Millionen Mark, wie es im Martinischen Jahrbuch heißt, sondern 355 Millionen Mark. Der Mecklenburger ist also der zweitreichste Mann in Deutschland.

Diese wenigen Beispiele genügen, um den reichen Segen anzudeuten, den der Wehrbeitrag bringen müßte, wenn das Schätzungsverfahren der größten deutschen Bank zur Feststellung des Wehrbeitrages Anwendung fände. Aber die Großagrarien haben dafür gefordert, daß dies nicht der Fall ist. Nach § 17 des Wehrbeitragsgesetzes wird bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, nicht der gemeine Wert (Verkaufswert), sondern der Ertragswert zugrunde gelegt, und als Ertragswert gilt das 25fache des Meiertrages. Aus dem Prospekt der Anleihe des Fürsten zu Fürstenberg wissen wir nun, daß im Durchschnitt der letzten fünf Jahre der effektive Meiertrag der verpfändeten 25000 Hektar Forst 1,5 Millionen Mark, und der verpfändeten 5570 Hektar Feldgüter 207 222 Mark betrug. Der Ertragswert der 25000 Hektar Forsten beträgt also nur 37½ Millionen Mark, gegenüber dem von der Deutschen Bank ermittelten Verkaufswert oder gemeinen Wert von 84,6 Millionen Mark. Und der Ertragswert der 5570 Hektar Feldgüter beträgt also nur 5,1 Millionen Mark, gegenüber dem von der Deutschen Bank ermittelten gemeinen Wert von 9,6 Millionen Mark. Der gesamte verpfändete land- und forstwirtschaftliche Besitz des Fürsten zu Fürstenberg in Baden hat also jetzt bei Entschreibung des Wehrbeitrages nur einen Wert von 42,6 Millionen Mark, im vorigen Monat aber im Prospekt der Deutschen Bank und des Fürsten zu Fürstenberg (Ertes Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 12. Dezember 1913, Nr. 344) einen Wert von 94,3 Millionen Mark. Aus dieser enormen Differenz kann man erkennen, welche gewaltigen Werte in dem Momente außer Acht bleiben, wo das deutsche Volk für die Sicherheit des Deutschen Reiches in patriotischer Entschiedenheit die größten Opfer bringt.

Welches ist nun das wehrbeitragspflichtige Vermögen des Kaisers und des zweitreichsten Monarchen, des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz? Man darf annehmen, daß beide Monarchen mindestens ebenfalls Meiertrag pro Hektar aus ihren Forsten und Feldgütern herauswirtschaften, als der Fürst zu Fürstenberg. In diesem Falle hat der Kaiser aus seinen Forsten jährlich einen Meiertrag von 4 Millionen Mark und aus seinen Feldgütern einen Meiertrag von 1,6 Millionen Mark, zusammen 5,6 Millionen Mark. Der Ertragswert des kaiserlichen land- und forstwirtschaftlichen Besitzes beträgt also 140 Millionen Mark. Und der Ertragswert des Grundbesitzes des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz beträgt 100 Millionen Mark. Damit wird also der Wehrbeitrag in Wirklichkeit nicht von dem

Feuilleton.

Was ist Ruhm?

Roman von Max Kreger.

34)

Nachdruck verboten.

„Na, das hat man bei Herrn Kempen noch nicht gemerkt,“ mischte sich Clara hinein, um ihn einen kleinen Stich zu versehen; und ohne sich durch seinen drohenden Blick einschüchtern zu lassen, schloß sie: „Wir schreiben tüchtig vorwärts, nicht wahr, Herr Kempen? Immer hübsche Abende, wenn wir die Zeit gut ausnutzen durch Zeichnen, Modellieren und Lesen. Das bildet.“

„Na, dann schick ja nur noch der dritte,“ plähte es Lorenzen unwillkürlich heraus. Es sollte einer seiner Scherze sein, wie sie Kempen als anerkannter Wehrbeitragsfrüher nicht unüblich aufgenommen hatte, für den er aber diesmal merkwürdig kein Verständnis zeigte.

„Wie versiehst, bring dich nur nicht um deine schöne Zeit bei den Schmachttappen,“ erwiderte er kühl. „Du trägst wohl jetzt die Parfimschleife immer bei dir? Gestern Abend mußte ich noch gehörig lästeln.“

Lorenzen wollte das durchaus nicht ohne weiteres einsehen, und so bemerkte er ebenfalls frohlich, daß sich manch anderer damit betätigen könne, so viel er wolle, er würde doch aus seiner Haut nicht herauskommen.

„Main Gott, wie schrauben die sich jetzt,“ war Claras Gedanke. Und sie dachte an die alte Zeit, wo sie wie die Kleinen zusammenhängen und solche Worte niemals hätten fallen können. Und zugleich fühlte sie, daß sie es sei, die, ohne es zu wollen, den Miß in dieses Freundschaftsband ge-

brucht habe, der von Tag zu Tag immer größer und sichtbar wurde. Ohne Kempen erblicken zu können, glaubte sie die Miße in seinem Gesicht zu sehen. Aber seine Miße blieb dieselbe.

„Ja, das sieht man an dir,“ sagte er kurz. Und um ihn ein wenig auf die Probe zu stellen, kam er darauf zu sprechen, daß von Wolzmann noch spät am Abend vorher eine Karte eingetroffen sei, auf der er noch in dieser Woche eine gemütliche Zusammenkunft bei sich anregt habe. Sogar sein „Willkommen“ sei gesagt, und für Stühle sei auch genügend georgt; verdursten werde keiner, und der frische weiffällige Schinken warte auf den Anschnitt. Sie möchten doch kommen, bevor wieder Ebbe in seiner Kasse eintrete; und Lorenzen sollte die Lactifisch zu Hause lassen, denn in „seiner“ Gegend könnte das unangenehm aufpassen. Auch die andere Ausflugsreise habe er geladen. Sein Winterholz (womit er eine Gitarre meinte) habe neue Saiten bekommen; wahrscheinlich werde auch ein nettes „Meedchen“ da sein, wenn sie nicht gerade an der Normaluhr auf einen anderen warten müßte. Nur Lorenzenis wegen! Man sollte aber nicht vergessen, einen Regensturm mitzunehmen, da er keinen habe, und da draußen bei ihm gebe es jetzt merklich regnerisch jeden Tag einen Nachwahr; aber man brauche nichts zu fürchten: das Dach seiner Bude sei frisch geteert worden.

Alles das hatte Wolzmann in seiner Manier freuz und quer und dann zum Ueberfluß noch schön durch die Zeiten geschrieben, so daß man es erst mühsam entziffern mußte.

Lorenzen überlegte nicht lange. Leider könne er nicht mitgehen, denn er sei schon eine andre Verpflichtung eingegangen. Sein Verwegend und jedoch hoch tiefer, worüber er sich aber nicht äußern wollte. Geilte hatte es ihm nahe

gelegt, den Verkehr mit Wolzmann ganz aufzugeben, denn es bleibe ihn jetzt nicht mehr, da er aus dem Bismarckium heraus sei; und wenn er höher fahren wolle, müsse er sich andern Umgang suchen. Es würde ihn sehr unangenehm berühren, wenn er Lorenzen wieder rückfällig sähe, jetzt, wo er fast zum künftigen Gast in seinem Haus geworden sei! Und der Wunde, immer sein Ziel vor Augen, hatte Bestimmung gelobt und sich auch fest vorgenommen, dem ganzen Bismarckium aus dem Wege zu gehen; vorausgesetzt, daß er diese Schwärze werde überwinden können, wie er zu sich selbst sagte.

Kempen glaubte jetzt kein Recht mehr zu haben, gegen das kostspielige Leben Lorenzenis etwas einzuwenden. Er verdiente nichts, oder doch wenig, benutzte das Meier, teilte Wohnung und Tisch mit ihm und bezahlte die Modelle mit des andern Geld. Und wenn er sich auch sagte, daß er dem Genossen stets die geschickten Hände geliehen habe, daß eigentlich jeder von ihnen in der Schuld des andern stehe, so fühlte er sich doch jetzt erschüttert gedrückt.

Lorenzen, der das merkte und weniger schlecht als schwach war, wurde ernstlich böse und schlug den warmen Ton der alten Freundschaft an. Das wäre ja noch schöner, sich solche Gedanken zu machen und ihn einfach zu beschämen! Er habe ebenbürtig aus dem gemeinsamen Loos gegessen und würde sich unglücklich fühlen, wenn Kempen jemals annehmen könnte, er habe sich etwas schenken lassen.

Kempen drückte ihm zwar warm die Hand und erklärte die Sache damit für abgetan, sagte jedoch seinem eignen Gefühl. Er wurde noch fester für sich, streich die Butter noch dünner aufs Brot und gönnte sich kaum den neuen Anzug, dessen er eigentlich schon längst bedürft hätte. Was ihn dann aber eines Tages Clara darauf aufmerksam machte,

Vermögen erhoben. Der § 17 des Wehrbeitrages ist im Grunde eine Verschleierung des tatsächlichen Vermögens und auch der Einkommensverhältnisse. Und trotz der Verschleierung wird die Summe des einmaligen Wehrbeitrages ohne Zweifel überzeichnet werden. Würde aber das Verfahren der Deutschen Bank liberal angewandt werden, erst dann könnte man angesichts der riesigen Summen, die einfließen würden, erkennen, welche maßlose Unverschämtheit bisher dazu gehörte, immer nur das Volk auszuplündern und in seiner Lebenshaltung auf die äußerste zu gefährden, um die Millionenausgaben für die deutsche imperialistisch-kapitalistische Politik zu bestreiten.

Das Volk hat alle Ursache, den betretenen Weg rücksichtslos weiter zu gehen. Man weiß jetzt, wo das Geld steckt, es gilt nur stark zu sein, um die verborgenen Geldgründe dauernd unter Kontrolle zu halten.

Dazu gibt es nur eines: Stärkung der Macht der Sozialdemokratie.

Politische Rundschau.

Rüftingen, 18. Februar.

Im preussischen Landtag. Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag zunächst die Abstimmung über die zum Titel Minister des Innern gestellten Anträge vorgenommen. Die nationalliberalen und konservativen Anträge über Erlass von Polizeiverordnungen gegen das Streifenpolitische wurden angenommen; dagegen stimmten nur Fortschrittler, Sozialdemokraten und Radikale. Der Gemeindeforschrittler, Sozialdemokrater und Radikale. Der Gemeindeforschrittler stimmten die Anträge überwiegen, die sich auf die Vertiefung des passiven Wahlrechts zu den Gemeindevorstandswahlen an Lehrer und Kirchenbeamte beziehen, sowie der Antrag der Fortschrittler auf Erlass eines Gesetzes, in dem die Einwirkung von Armenunterstützung auf die öffentlichen Rechte geregelt wird. — Einmütig angenommen wurde der Zentrumsantrag über die Fürsorge für die gemeingefährlichen Geisteskranken. Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zur Regelung des Fremdenrechts ging an die Justizkommission. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der sich auf den Legitimationsantrag für ausländische Arbeiter bezieht, wurde abgelehnt, sogar die Fortschrittler stimmten dagegen. Das gleiche Schicksal hatte der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Blatatzgesetzes; hier hielt die konservativ-liberale Mehrheit nicht einmal die Ueberweisung an eine Kommission für nötig. Die Anträge, die sich auf das Gesetz über die Anlegung von Sparkassenbeständen in Zahnarztpraxen beziehen, wurden der Gemeindeforschrittler überwiegen.

Hierauf beschäftigte sich das Haus mit den durch die Schrenknoten und Ueberbehinderungen an der Ostsee und den Hafften verursachten Notständen. Zu die Debatte griff auch Genosse Goser ein, um die Notwendigkeit einer schnelleren Hilfe für die Geschädigten, ferner eine gerechte Verteilung der Unterstufungen, sowie die schleunige Zusage der Regierung von Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Katastrophen zu bestimmen. Der Minister hatte vorher erklärt, daß die Regierung den von den Ueberbehinderungen heimgeleiteten Personen zinsfreie nach drei Jahren rückzahlbare Unterstufungen geben werde. Die mit dem Gegenstand der Interpellation in Verbindung stehenden Anträge auf Unterstufung der von der Katastrophe Betroffenen wurden einer besonderen Kommission überwiegen. — Gleichfalls an eine Kommission ging der Gesetzentwurf über Erweiterung des Stadtkreises Dortmund. — Endlich begann das Haus noch die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Eine scharfe Kritik, die Genosse Viehnecht an der Beschneidung des Oberverwaltungsgerichts übte, gab dem Minister des Innern Veranlassung zu einem allgemein scharfen Ausfall gegen Viehnecht, dem er das Recht der Kritik absprach. Unter großen Lärm der Reden verbat sich Viehnecht diese „schandbrügelnden“ Nebenarten.

daß er sich endlich mal andre Krügen zulegen müsse, bot er sie, ihm ein ganzes Viertelbündel nach Probe auf ihrem Vorgehen mitzubringen. Sie aber glaubte ein gutes Werk zu tun, wenn sie das Zwangsmittel, das er ihr unvorsichtigerweise anvertraut hatte, gleich ganz drauf geben ließe — frei nach Fritz Lorenzen! Und so machte sie aus dem viertel Dutzend ein halbes und legte noch ein Oberende und verschiedene Protokollen zu, dem auch in dieser Beziehung sah es außerst schlimm mit ihm aus.

Kempen mußte zwar gehörig auf und tat so, als wäre ein Vermögen verloren gegangen, denn mit größter Geistesgegenwärtigkeit schrieb er selbst die Heimliche Ausgabe an; sie aber lachte ihn gründlich aus und wies auf Lorenzen hin, der schon wieder seinen Schneider ganz gehörig in Nahrung gesetzt habe und sich nur noch die Gosen aufzukrameln brauche, um wie ein Gigerl herum zu laufen. Als sie ihn dann noch darauf aufmerksam machte, daß man doch zum mindesten unabhängig gekleidet gehen müsse, verwarf sie dortunter wieder dieselben Gedanken, die sie schon damals als Kind hatte beim sinnigen Betrachten der großen äußeren und inneren Gegensätze der beiden Unzertrennlichen.

Aber selbst diese geringen Ansprüche an Lorenzen dünkten Kempen noch zu hoch. Um die Kosten für seine eigene Erhaltung bereinzubringen, drängte er eine Zeitlang jeden Stimmkreisbezirk zurück und warf sich wieder auf die „Töpferarbeit“. Es war Sommer, die Hofkammer schossen in die Höhe, und so bekam er von einem ihm gewogenen Architekten verschiedene Fassadenfiguren zu modellieren, die über das Sandwerkemäßige hinausragten. Dann wurde ihm aus Hamburg, wo bereits die Sklave eines befreiten Sklaven von ihm stand, infolge einer Empfehlung der Auftrag eines Grabdenkmals zuteil. Es war zwar nur ein Relief, aber es wurde gut bezahlt, und er konnte Klara dazu verwenden, sobald einmal Lorenzen an der Hüfte des Dichters schaffte.

13. Kapitel.

Erst im nächsten Jahre konnte er seinen Löwenkämpfer, feinbarben getönt, in die große Ausstellung schicken, be-

Zur Stichwahl im Wahlkreise Verichow wird in der „Freisinnigen Zeitung“ und in der „Liberalen Correspondenz“, den Organen der Parteileitung der Fortschrittlichen Volkspartei, folgende Erklärung veröffentlicht:

Im Wahlkreise Verichow I und II haben am kommenden Freitag die Wähler darüber zu entscheiden, ob der künftige Vertreter des Wahlkreises der Rechten oder der Linken des Reichstags gehören soll. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1912 galt die Stichwahlparole: Keine Stimme einem Kandidaten der Rechtenpartei! Seitdem hat sich die Gemerkschaft gegen die Konservativen nicht vermindert, sondern noch verstärkt. Gerade im Wahlkreise Verichow haben die Konservativen den Kampf gegen den Liberalismus in überaus höflichen Formen mit Verunglimpfungen und Unmuthen geführt. Entschieden für die liberalen Wähler muß die Kandidatur auf die Reichstagswahl im Reichstag sein. Die Linksmeisheit muß erhalten und gestärkt werden, und dies um so mehr, als die Linke eben erst das Mandat des bisherigen nationalliberalen Abg. Koelsch im Wahlkreise Verichow verloren hat. Wir halten es daher für dringend geboten, daß die liberalen Wähler am kommenden Freitag dem konservativen Kandidaten jegliche Unterstützung verweigern.

Die Reichstagsersatzwahl in Köln-Land. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Kreise Köln-Land wurde Rudloff (Centr.) mit 35 648 Stimmen gewählt. Der Sozialdemokrat Redaktor Solkman erhielt 24 630, der Nationalliberale Schöpfer Scaruppe 6563 Stimmen. 148 Stimmen waren gesplittert. Das Ergebnis in diesem Teil 1871 unterbrochen im Besitz des Zentrums gewesenen Wahlkreises kann nicht übersehen. Rudloff erhielt damals 33 372 Stimmen; außerdem wurden 24 288 sozialdemokratische, 8549 nationalliberale, 200 hindlerische und 146 politische Stimmen abgegeben. Der Rest der gültigen Stimmen war gesplittert, so daß Rudloffs Mehrheit nur 33 Stimmen betrug. Das Plenum hatte seinerzeit Rudloffs Wahl für ungültig erklärt.

Gesetzliche Gebärzung? Dem Reichstag liegt, wie schon mitgeteilt, seit Montag eine von Abgeordneten aller bürgerlichen Parteien unterzeichneter Antrag vor, der einen überaus schweren Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet. Der entscheidende § 1 des Gesetzes lautet:

Der Bundesrat kann den Verfall mit Gegenständen, die zur Befestigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder unterbinden. Das Gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insoweit, als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht. Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er versammelt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen. Soweit der Bundesrat den Verfall mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.

Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ sollen bereits 200 Abgeordnete diesen Antrag unterschrieben haben. Wäre dies richtig, so wäre es mindestens wert, daß sich ein Teil der Antragsteller selbst noch durch gute Gründe dazu bestimmen läßt, ihre Unterfertigung zurückzuziehen und gegen den Entwurf zu stimmen, der ja in der Öffentlichkeit noch gar nicht diskutiert worden ist. Der Gesetzentwurf ist abzulehnen wegen seiner Absicht, denn er verleiht Zwang auszuüben in einer Schäre, innerhalb welcher die persönliche Freiheit nicht angefochten werden darf. Der Gesetzentwurf ist aber auch abzulehnen, wegen seiner Zwecklosigkeit und Schädlichkeit, denn er fördert die Anormalität, die Frucht- abtreibung, den Kindesmord. Es ist ein Wahn zu glauben, daß man durch Zwangsgebote solcher Art den Geburtenrückgang verhindern kann, im Gegenteil, die durch die Einführung dieses Gesetzes unternehmlich gewordene Diskussion dieses heissen Demas wird in entgegengekehrter Richtung wirken. Darum wäre es am besten, wenn das unglückliche Putschwerk dieses Entwurfs eifrig wieder verschwindet, noch ehe es insofern ist, ersten Schaden anzurichten. Sollte der Entwurf aber wirklich Gesetz werden — dann soll uns noch einer kommen und vom „sozialistischen Zuchtstauskaat“ reden!

Ein Korruptionsfonds in Elsaß-Lothringen. Im Elsaß-Lothringischen Landtag fand am Dienstag bei der Beratung

des Etats als erster Punkt auf der Tagesordnung die Streichung von 25 Prozent des Unterstufungs-fonds. Hierbei führte der Zentrumsabgeordnete Gaus aus, daß vielfach Mißbrauch mit dem Unterstufungs-fonds getrieben worden sei. So sei ihm bekannt, daß ein Beamter, der 6000 Mark Gehalt habe, allein 1300 Mk. Zuzug im Jahre erhalte. Ein anderer Beamter habe das Unterstufungsgeld für eine Wodereise verwendet können, während andererseits Gelder aus dem Unterstufungs-fonds dazu benützt worden seien, um bei Wahlen ungenehme Kandidaten zu bekämpfen. Die Liberalen und die Rothringer waren für Beibehaltung des alten Fonds, während die sozialdemokratische und die Zentrumsfraktion für Streichung der 25 Prozent eintrat, die dem Fonds der ehemaligen Beamten und ihrer Hinterbliebenen zugehört werden sollen. Dieser Antrag auf Streichung der 25 Prozent wurde in der Abstimmung angenommen.

Es folgte dann die Beratung des Etats des Statthalters, wobei der Genosse Emmel an die Regierung verschiedene Fragen stellte, u. a., ob es wahr sei, daß der Reichsfanzler im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt habe, daß der Kaiser, nicht der Statthalter, wie die Befassung es vorschreibe, die Bundesratsstimmen und die Elsaß-Lothringischen Bundesratsbevollmächtigten instruiere. Dann stellte Genosse Emmel noch eine Reihe wirtschaftlicher Fragen an die neue Regierung. Genosse Emmel wurde mitten in der Rede vom Präsidenten Richter, der Mitglied der Zentrumsfraktion ist, unterbrochen und zur Sache gerufen. Als Emmel erklärte, er könne beim Etat des Statthalters, ebenso wie im Reichstage beim Reichsfanzler über alle wichtigen politischen Fragen diskutieren, stellte der Präsident die Frage an das Haus, ob es den Abg. Emmel weiter anhören wolle. Diesen Eingriff in die Redefreiheit eines Abgeordneten wehrte indes das Haus ab, indem jenseit der Parteiführer der Liberalen als auch der Zentrumsfraktion erklärten, darüber nicht abstimmen zu wollen, da der Präsident nicht richtig verfahren habe. Seitens der Sozialdemokraten protestierten die Genossen Böhle und Beirots ganz energisch gegen diese geschäftswidrige Fiktion des Präsidenten. Genosse Emmel konnte hierauf seine Rede beenden. Der neue Staatssekretär u. A. Roeben erwiderte sofort dem Abg. Emmel und erklärte, daß der Statthalter die Vertreter im Bundesrat instruiere. Die betreffende Rede des Reichsfanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus liege ihm nicht vor. Eine Uebersicht über die Zutritt der Bevollmächtigten für den Bundesrat, die vom Statthalter vorgenommen werde, sei praktisch nicht möglich und könne dem Haus deshalb auch nicht unterbreitet werden. Fragen über die Stellung der neuen Regierung zu Ausnahmemaßnahmen sind bisher von Berlin nicht an sie gerichtet worden; auch vor seiner Zeit sei eine diesbezügliche Frage von Berlin aus nicht an die Regierung in Elsaß-Lothringen ergangen. An den Grundfragen der bisherigen Wirtschaftspolitik wolle auch die neue Regierung nicht rütteln, sie werde aber den Verfassungsfragen, speziell demjenigen, die zu Wasser erfolgen, vollständige Aufmerksamkeit widmen. Die Abstimmung wurde ausgesetzt.

Die Kabinetsordre von 1920. Die „Berliner Neuzeit“ erfährt, daß das Gutachten des preussischen Justizministers über die Rechtsgültigkeit der Kabinetsordre von 1920 vor einigen Tagen im Reichstag des Innern eingegangen sei. „Die Vor schläge, welche der Justizminister in seinem Gutachten macht, berechtigen zu der Annahme, daß die Angelegenheit in kurzen eine alle verbandelten Regierungen befriedigende Lösung finden wird.“

Das Verlangen nach einem Salva-Verbot. Der Berliner Arzt Dr. Dreuß hat nach einer Konferenz mit dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamts in Anbetracht der Todesfälle und Erbkrankungen aus Ehtlich-Gata 606 dem Reichsgesundheitsamt eine Denkschrift überreicht, in welcher im öffentlichen Interesse von Reichswegen ein Verbot von Ehtlich-Gata 606 oder die Anwendung in einer Dosis, die die staatliche Maximaldosis nicht überschreitet, verlangt wird.

Durchgeführt, stark durchgeführt! Wenigstens, soviel ich sehen kann.

Kaltblühend fuhr Kunkel dazwischen: „Also ein Wiber. Sah ich doch gleich; er versteht sich. ... Das hat jetzt weder Maß noch Ziel. Bauen immer gleich in Ueberlebensgröße auf, als wenn ein Gefährtes gleich ein Gefährtes sein müßte. Das täuscht natürlich, weil es wirkt. Ei, versteht sich. ... Und dieser Löwe. ... sehen Sie sich doch nur diesen Löwen an! So wagt sich eine Kuh, oder kein Löwe.“

Stenzel quackte wieder seine Gegenwärtigkeit heraus: „Da kam ich Ihnen doch nicht recht gegen, lieber Kollege. Das Vieh ist prächtig gesehen, ja, das ist es; jede Zudung beobachtet, wenn auch —, ich meine, wenn auch vielleicht etwas Umhones darin liegt.“

Kunkel, die Hand immer am Ohr, schnitt ihm das Wort ab: „Aber das ist es ja eben! Im Ersteren noch schön, so will es die wahre Kunst, ei, versteht sich. Was meinen Sie denn, Herr Klorer? Sie haben doch auch eine Stimme.“

Der Angeredete, ein Güne mit breitem Widel, noch in den besten Jahren, dessen Vaxttime sprichwörtlich geworden war, zählte zu den Zingern, zu den sogenannten Unabhängigen, die vom Künstlerleben zu diesem hochpolitischen Gericht gewählt worden waren. Die Hände auf dem Hüften, war er ohne jede Ziererei fortwährend um das Werk herumgegangen, ohne sich in seiner aufmerksamen Betrachtung stören zu lassen, denn massiven Kopf mit dem mächtigen Schläpphut stehend bald hierhin, bald dorthin geneigt; denn da ihm die Worte selten kalte fließen, so war beim Neben Entschlossenheit seine Parole. Dann aber legte er hanedlichen los: „So'n Löwe wartet doch nicht, bis er zu recht gelegt wird, namentlich wenn er eins auf die Nase kriegt.“ Sofort hatte er die Kasser auf seiner Seite, was ihm den Mut gab, immerfort fortzuführen. „Und dann sehen Sie mal, Professor, so ein Tier will auch Zeit zum Sterben haben. Das ist doch kein Theaterlöwe, der'n Klads wegfriegt und hinfällt — pöcklich marquet ist.“

(Fortsetzung folgt.)

gleitet von der kühnen Hoffnung, daß sich vielleicht ein Viehhaber dafür finde, der das Modell kaufe und es in Warmor oder Erz ausführen ließe. Zugleich mit ihm stellte Lorenzen seine für Mensdahl gefertigten Gruppen aus, die mit Dampf in Warmor übertragen worden waren und sehr schöne Blöße im Entschlossenheit bekommen hatten, wo sie, von Topfgewächsen umgeben, sich wie in einer Gartenanlage abhoben. Heilte, der zur Aufnahme und Anordnungs-Kommission der Akademie gehörte, hatte ein mächtiges Loblied gelungen und durch seine Machtstellung auf die übrigen gründlich einzuwirken verstanden.

„Wer ist Kempen?“ fragten die Amritrichter vom weichen Mittel, als sie das verblühende Werk umstanden, nun allerdings im Bürgerkleid und mit gewöhnlichen Stiefeln, nach einem guten Frühstück zu allerlei Scherzen geneigt, die, wenn sie mancher Zurückgewiesene gehört hätte, ihn in einen mordenden Tragedien vermandelt haben würde.

Seilte schwieb sich aus, und so jahren die anderen nach, ob ihnen der Name schon begegnet sei, denn die Ähnlichkeit dieses Wurfes raubte ihnen doreist das Wort. Das war Blafst, das sah sie; dieser Kerl stand wie ein königlicher Begwinger, nicht hingestellt, um gefornrt zu werden, sondern in lebendiger Ruhe, verachtungsvoll den Blick auf die sterbende, in Ohnmacht sich windende Bestie gerichtet, die in der letzten Atmung die Brante erbebt.

„Schüler von wem —?“ fragte der fahlsichtige, etwas schmerzhörige Kunkel, Senatsmitglied der Akademie, der immer erst den Haupttrieb kennen wollte, bevor er die Wöleger danach beantwortete.

„So viel ich mich jetzt erinnere, gehört zu haben, hat er gar keine Schule.“ meldete sich endlich Heilte, der nun sah, wie der kleine, kurzschichtige Stenzel, ein zerlindes, klünftes Männchen, so dicht seine Mustering vornahm, als wollte er sich die Nase an der gipfernen Wade reiben. Stets voller Widerspruch, wußte er schon im Voraus, was nun kommen würde, und so machte er seinen Verrger darüber, noch nicht wie der andere im Senat zu sein, in der Anerkennung Luft: „Sehr viel Feinheiten, scheint manche Feinheit zu haben.“

Schweden.

Das neue Kabinett. Aus Stockholm wird gemeldet: Landeshauptmann v. Hammarfjeld hat dem König die Liste seines Ministeriums unterbreitet, und der König hat die Liste genehmigt. Der konservativen und rüchungsfreundliche Flügel der liberalen Presse meint, daß die Zusammensetzung beruhigend wirken müsse und begleitet das Kabinett mit guten Wünschen. „Dagens Nyheter“, das Organ Staffs, nennt dagegen Hammarfjeld einen ausgesprochenen Reaktionär. Die Sozialdemokraten nehmen gegen das neue Ministerium Stellung. Ebenfalls ist das neue Ministerium ausschließlich ein Ministerium des Königs ohne jeden Rückhalt bei den politischen Parteien.

England.

Die Einschränkung des Schiffbaues. Im Unterhause fragte vorgestern Fred Hall den ersten Lord der Admiralität, ob die Erklärung des Staatssekretär v. Trippl in der Budgetkommission des Reichstages am 4. Februar, des Inhalts, daß von Großbritannien hinsichtlich der Einschränkung im Schiffbau noch keine positiven Vorschläge an Deutschland gemacht worden seien, oder solche, wenn sie gemacht würden, wohlwollend geprüft werden würden, die Aufmerksamkeit Churchill's gefunden habe. Ferner fragte er, ob Churchill erklären könne, welcher Art die Deutschland gemachten Mitteilungen wären, in welcher Form und wann sie erfolgt seien. Churchill antwortet schriftlich, der Gegenstand sei nicht geeignet für die Diskussion in Frage und Antwort. Soweit das öffentliche Interesse es erlaube, mache er selbst oder Grev entsprechende Mitteilungen beim Marineminister.

Sokales.

Nürtingen, 18. Februar.

Ausfichtlose Gewerbebeschwerden.

Noch immer gibt es Leute, die bei Klagen vor dem Gewerbegericht nicht bedenken gelernt haben, daß das von ihnen Bekannte auch betrieuen werden muß. Ohne Beweis ist eine Verurteilung des Beklagten nicht zu erzielen. Es mögen genutz Fälle vorkommen, in denen durch Zeugen ein Beweis nicht geführt werden kann, weil die Augenzeugen unerschütterbar oder solche überhaupt nicht vorhanden sind. Dann kann es passieren, daß ein Kläger nicht zu seinem Recht kommt.

Doch haben wir auch schon konstatiert, daß Klagen vor Gericht in gewerblichen Rechtsstreitigkeiten vollständig zusammenbrechen. Die gestern stattgefundene Sitzung des Gewerbegerichts hatte sich mit eine Klage eines Dienstmädchens gegen den Wirt Bergande in der Wilhelmshäuser Straße zu befassen. In der Klage wurde behauptet, daß die Klägerin vom Beklagten mißhandelt worden sei und darauf den Dienst sofort aufgeben habe. Es wurde der Lohn bis zum Schluß der Kündigungssfrist in Höhe von 34,52 Mark eingeklagt. Als Beweismittel waren zwei Zeugen beigebracht, die den Vorfall in der allerhöchsten Maße beobachtet hatten und einmündig ihre Befundungen machen konnten.

Nun stellte sich heraus, daß der ganze Vorfall in der harmlosesten Weise sich abgespielt hatte. Von einer Mißhandlung nicht die Spur. Schließlich mußte die Klägerin selbst zugeben, daß sie nicht geschlagen oder gefoltert worden sei. Sie sei gefallen, führe das allerdings auf das Anstoßen am Urne durch den Beklagten zurück. Die Zeugen bekundeten übereinstimmend, daß der Beklagte die Klägerin wohl am Urne gezogen hat, wobei sie sei ins Nütchen an dem glatten Keramikboden gekommen, aber vom Beklagten gehalten worden und gar nicht ganz zu Boden gefallen.

Unter solchen Umständen war die Klage natürlich ausfichtslos, wurde jedoch trotzdem aufrecht erhalten und — wie nicht anders zu erwarten — folgenreich abgewiesen. Das Gericht hat allerdings die Frage erörtert, ob nicht schon im bloßen Ansehen eines Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber eine Beleidigung liege und zum sofortigen Aufhören berechtige. In dem Falle konnte das Gericht sich indes nicht für die Ansicht aussprechen. Der Beklagte habe in durchaus angemessener Form die Klägerin auf eine Ungehörigkeit aufmerksam gemacht, worauf die Klägerin sofort bemerke, aufhöre und ihrer Wege gehen zu wollen. Als sie nach der Kläre schritt, habe der Beklagte sie am Urne gefaßt, sie zurückgehalten und zu ihr gesagt, daß sie zum sofortigen Aufhören nicht berechtigt sei und an ihre Arbeit gehen möge. Wenn das Mädchen dabei ins Gleiten kam und vom Beklagten oder am Niederstürzen gebindert sei, könne von einer absichtlichen tätlichen Beleidigung keine Rede sein. Das ist ein Schulbeispiel dafür, wie Klagen vor dem Gewerbegericht nicht aussehen dürfen. Sie tragen nicht zum Ansehen der Arbeitnehmer bei.

Ackerlandverpachtung. Die Stadt verpachtet an der Schulstraße, dem Ausgange der Güterstraße, an der Friedenstraße und östlich der Fritsch-Neuter-Straße Ackerland. Pächter müssen sich bis zum 25. Februar auf dem Rathaus an der Zoderstr. Zimmer Nr. 2, melden. — Die zwei südlich des Schienenstranges am Altingerodeener Wege gelegenen Ackerparzellen sollen in diesem Jahre stückweise durch die Auktionsnotaren Witte u. Tietjen in Nürtingen verpachtet werden.

Gartenlandverpachtung. Die Verpachtung der Gartenlacker aus den verschiedenen Parzellen findet in diesem Jahre wieder in gewohnter Weise durch die Firma Witte u. Tietjen, Güterstraße 71, statt.

Auf den Vortrag über das Taylor-System und seine Anwendung in der deutschen Metallindustrie, den heute abend auf Veranlassung der hiesigen Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes Richard Woldt aus Berlin im „Lidolf“ hält, machen wir an dieser Stelle nochmals aufmerksam. Auch das technische und Aufsichtspersonal sollte nicht veräumen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose hält morgen Donnerstag abend im Rathauskale an der Wilhelmshäuser Straße seine erste und konstituierende Mitgliederversammlung ab.

Der Unterstützungsverein in Sterbefällen für die Arbeiter der Kesselschmiede (Werkstatt Nestor IV) der Aaf. Werk

hält am Sonntag bei Raif seine Generalversammlung ab. Zuerst wurden 11 im verflochtenen Jahre Verordnete durch Erheben der anwesenden Mitglieder gewählt. Nachdem das Protokoll verlesen war und der Kassierer den Bestand der Kasse lungab sowie die Revisoren die Richtigkeit bestätigt hatten, wurde Entlastung erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurde als erster Vorsitzender H. Eiben, Nürtingen, Bremer Straße 58, neugewählt, als zweiter Vorsitzender W. Grammitz, als Kassierer wurde G. von Bienen, Wilhelmshäuser, kurze Straße 15, neugewählt, und als Schriftführer Bohje wiedergewählt. Als Revisoren wurden Buchholz und Pieters gewählt. Unter Vorsitzendem beschloß man, an jedem ersten Freitag im Monat im Werkseifenhalle abends von 6—7/7 Uhr Beiträge zu erheben.

Aus dem Schöffengerichtsaale. Von dem großen Unbekannten will der Gelegenheitsarbeiter S. einen Saal mit Kohlen erhalten haben, um diese nach der Grenzstraße zu bringen, wozu und zu wem, konnte er aber nicht angeben. Da die Kohlen gerade 50 Pf. wogen und G. in der Nähe eines Kohlenlagers ermittelt wurde, schenkte das Gericht seinen Angaben, die Kohlen seien von dem Unbekannten am Hofe gesammelt, seinen Glauben, sondern nimmt Diebstahl an. Da Mitglied vorliegt, wird die Sache der Strafammer überwiesen. — Der Arbeiter Th. hat zu zwei Malen verschiedene Gegenstände mitgenommen, wie es der Zufall gerade bot. Da er noch unbestraft ist, kommt er zuzüglich einer Strafe wegen Betrugs mit 5 Tagen Gefängnis davon, die durch die Unterdrückung der Verurteilung erachtet werden. — Beim Bau der neuen Torpedoverfert hat der Arbeiter B. die Arbeitsjacke eines Kameraden mitgenommen und diese auch nicht wieder zurückgegeben, als der Besondere wegen der in der Jacke befindlichen Familienpapiere eine Vernehmung auslöste. Trotz der sehr unabweisbar klingenden Ausrede, das Jackett gefunden zu haben, nimmt das Gericht mit Rücksicht auf das hohe Alter des Angeklagten Unterschlagung an und erkennt auf 10 Mark Geldstrafe.

Vom Tode des Ertrinkens geteilt. Gestern abend wäre in Reuengroden beinahe das 2 1/2-jährige Söhnchen Arthur des Matrosen Mühlens in einem Graben ertrunken. Die Mutter, die dem Kinde das Besperbrod bringen wollte, fand es im Graben liegend. Nachdem sie das Kind gerettet, wurde nach vier Verzetzen telephoniert, aber keiner konnte kommen, bis zuletzt Herr Dr. Reele kam und das Kind behandelte.

Sörnen-Abend. Der hiesige Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltete am Freitag den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus „Gehelwe“ in der Börsenstraße einen Kunstabend. Besondere Umstände halber konnte zu dem Arrangement kein größerer, waldender Saal gewonnen werden. Als künstlerische Darbietung wird der schleswig-holsteinische Rautentänzer Niels Sörnen teils vorhandene Volksweisen, teils selbst erfindende und komponierte Melodien zur Laute singen. Dem Künstler geht der beste Ruf voraus. So schreibt z. B. der „Samob. Courier“: „Keiner von allen Rautentänzern bringt so viel natürliche und stimmliche Begabung für diese Kunst mit, wie der Sörner Niels Sörnen, der sich mit keinem weiden, jomeren Organ im Nu die Symphonien der Juhörer erwarb. Es ist bei weitem der beste Rautentänzer.“ — Die „Saale-Zeitung“ in Halle schreibt: „Schölander, Stoffe, Elsa v. Wolgast — ihnen gestellt hat der Sörner Niels Sörnen zu und überlasse sehr angenehm durch einen finklen, warmmüthigen Daß-Barrion, der ihn rein stimmlich den Vortrag vor den anderen bekannten Rautentänzern führt.“ — Aller Voraussetzung nach verpricht der Abend recht gemächlich zu werden. Das Programm enthält u. a. eine größere Anzahl wunderlicher plattdeutscher Volkslieder, die der Künstler für alle verständlich vorzutragen versteht. Leider können nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten verabsichtigt werden, weil der Saal nur klein ist. Tropdem sind noch eine Anzahl Karten, 40 Pf., in der Expedition des „Nordd. Volksbl.“ und im Parteisekretariat zu haben.

Wilhelmshäuser, 18. Februar.

Saale-Feier im Monistebund. Auf Veranlassung der hiesigen Monisten-Ortsgruppe hatten sich am Montag abend etwa 50 Personen in den oberen Räumen des „Fronziskamer“ versammelt, um den 80. Geburtstag des Prof. Dr. Ernst Saale festlich zu begehen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe gab in seiner Eröffnungsansprache zunächst eine gedrängte Schilderung von Saales Leben und Wirken. Er hob insbesondere die große Reifungsfähigkeit Saales hervor und wies darauf hin, daß von sich lebt lebender Naturforscher kein einziger eine solche Fülle eigener Forschungsarbeit geleistet habe, wie er. Der Erfolg seines länger als 50jährigen Wirkens sei nicht auszubleiben, denn die Erkenntnis von der Wahrheit der Saaleschen Lehren habe sich in der Gelehrten- und Laienwelt aller Kulturstaaten zum großen Teil durchgewunden und befestigt. Auch einige der Charaktereigenschaften Saales wurden gestreift. U. a. wurde erwähnt, daß G. zwar eine Kompunctur ersten Grades sei, wahr und tapfer in seiner Lebensgestaltung, mehrfaches gegenüber seinen Gegnern und unabweisbar gegenüber aller Unwahrheit und Scheuerei, aber er sei durchaus nicht der „grünne Wolensker“, wie ihn seine Gegner so gerne schildern, er sei vielmehr ein Mann von einer geradezu rührenden Bescheidenheit und Bereitwilligkeit, sich beeinflussen und seine Meinungen prüfen zu lassen. Ein Zug der Verfassung webe durch alle seine Bücher und Schriften, eine Sehnsucht nach Frieden, nach einem friedlichen Ausgliche der Gegensätze. — Ein Glückwunschtelegramm an Saale, das dann verlesen wurde, fand die Zustimmung aller Anwesenden. Es folgten jetzt Darbietungen ersten und besseren Charakters. U. a. wurde von einem Mitgliede der Ortsgruppe die kerzerfarbene (Niedrigsänge Saales) im 5. Akte des Dramas von Vorngräber „Giordano Bruno“ rezitiert. Diese Tragödie, die Saale selbst eingeleitet und deren Uraufführung in Leipzig er persönlich betrieben hat, verpörrt die Saalesche monistische Weltanschauung in der Person des Dominikanermönches Giordano Bruno, der im Februar des Jahres 1600 in Rom seine Standhaftigkeit und seine Lebensgestaltung mit dem Tode auf dem Scheiterhaufen besiegelte. Ein anderes Mitglied unterzieht die Teilnehmer durch einen Vortrag über

die Geschichte und die Bedeutung des deutschen Volksliedes. Es wies darauf hin, daß jedermann an der Erhaltung des einfachen, keine gekünstelten Melodien aufweisenden Volksliedes mitwirken müsse. Einige zu Gehör gebrachtenlieder solcher Art aus dem 14. bis 16. Jahrhundert vervollständigten seine Ausführungen. Weitere Gesänge beschloßen die Feier.

Straßenbahnunfall. Gestern abend gegen 1/6 Uhr kam an der Kreuzung Bismarck- und Güterstr. der Krötter Mittel beim Abbringen von der Straßenbahn zu Fall und blieb bewußtlos liegen. Er mußte mittels Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden. Schwere Verletzungen hat er glücklicherweise nicht davongetragen, so daß er bereits heute das Krankenhaus wieder verlassen kann.

Kriegsgericht der 2. Marine-Inspektion. Der Matrose Schreiner hat sich einem Bootsmannsmatzen gegenüber recht unanständig benommen. Das Gericht beurteilte E. wegen Mißhandlung im Zusammenstehen mit Beharren im Ungehorsam, Mißhandlung, Ungehorsam und Beleidigung in je 2 Fällen zu 4 Monaten Gefängnis.

Die Vortrag-Künstlerin Udi Udel im Parkhaus. Die Vortrag-Künstlerin Gräulein Udi Udel wird hier im Parkhaus am 5. März auftreten. Ihr geht ein guter Ruf voraus. Die junge Künstlerin ist bereits in Davos im Parkhaus-Theater, München, Ulm, Erfurt, Braunschweig mit Erfolg aufgetreten. Hier wird sie wieder mit Klavierbegleitung von Ostar Strauß, Holländer, Suppe u. m. zu Gehör bringen. Die Begleitung am Klavier hat Kapellmeister Jonas vom hiesigen Stadttheater übernommen. Der „Braunschweiger Allg. Anzeiger“ schreibt über die Leistungen Udi Udel: „Eine äußerst gelungene Vortrag-Künstlerin ist Udi Udel. Eine hübsche, junge zierliche Gestalt, erscheint sie als Schulumdel auf der Bühne und trägt ihre pitanten Berliner Götterwitze mit vorzüglich gespielter pffiger Samlosigkeit vor, daß das Publikum mit nicht endwollendem Beifall quittiert.“ Davoser Blätter berichten, daß Udi Udel in ihren gelungenen Liebes- und Schmelzerliedern neben wahrer Herzenswärme einfalet, daß man sie immer wieder vor die Rampe rief und der stürmische Beifall nicht eben wollte.

Stadttheater. (Aus dem Theaterbureau.) Heute abend die Operette „Die ideale Gattin“ mit Direktor Klog und Frl. Vogel-Nicolai in den Hauptpartien. — Das neue Lustspiel „Der gutstehende Jock“ wird morgen zum letzten Male gegeben. — Als Klavierbegleitung zu Schachspielreisen erscheint am Freitag „Emilia Galotti“ von Lessing auf dem Schachplan. — Sonnabend hat „Millionenbraut“ die Lustspiele „Im dreien Hül!“ und „Als ich wiederam“ von Blumenthal und Adelberg. — Sonntag die Oper „Margarethe“ (Kauf) mit Direktor Klog als „Janki“ und Frl. Urban als Margarethe und Herrn Sätz als Mephisto.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Februar. Die Wahlprüfungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses erklärte eine Reihe Wahlen der Provinz Hannover für gültig. Morgen wird über das Mandat des Abg. Dr. Zedertsoff in Kurich verhandelt.

Berlin, 18. Februar. Eine kurze Anfrage über den Gesundheitszustand in der deutschen Armee ist von der national-liberalen Fraktion im Reichstage eingbracht worden.

Danzig, 18. Februar. In der vergangenen Nacht brannten auf der Speicherinsel zwei der großen massiven über hundert Jahre alten Speicher nieder, die der Firma Speicher u. Co. gehörten. Das Feuer konnte in den Vormittagsstunden niedergestempft werden. Außer den genannten Speichern sind nur in einem Maße noch die bodernen und Kontorräume ausgebrannt. Der bedeutende Schaden wird durch Versicherung gedeckt.

Paris, 18. Februar. Die „Humanité“ veröffentlicht eine Note des Kriegsministers, wonach die Zahl der Krankheits- und Sterbefälle in der französischen Armee weitaus größer sei, als in der deutschen und vielleicht sogar größer als in allen Armeen der Welt.

Briefkasten.

(Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.)
N. Nürtingen. Es genügt zu schreiben: „An den Präsidenten der Republik Frankreich in Paris.“
N. Nürtingen. Leute, die von der Religion sich zu Epistelbüchern vornehmlich zu politischen Dingen gebrauchen lassen, sind als tollendste monistische Kumpen zu betrachten, von denen sich jeder antändrige Mensch aus Heiligkeitssünden so weit als möglich fern hält.

Bezirks-Bildungsausschuß Nürtingen.

Die Bildungs-Ausschüsse der Orte Gandertsee, Wildeshäulen, Nordenham, Einwarden, Norden, Zever, Jete werden hiermit höflichst ersucht, die Restbeträge für den stattgefundenen Laube-Vortrag umgehend an den Genossen G. Popken, Nürtingen, Parteisekretariat, einzulenden.
S. A.: Jul. Reyner.

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Akten-Gesellschaft, Sij Hamburg. 1. Mißbrauch von Rinderversicherung; 2. Versicherung auf Todes- und Lebensfall; 3. Sparversicherung. Höhere Auskunft durch die Vertrauensmänner und die Rechnungsstelle. Die Rechnungsstelle befindet sich im Sekretariat des Konsum- und Sparvereins für Nürtingen und Umg., Wilhelmshäuser Str. 92/94. Geöffnet von 4—7 Uhr nachmittags. Abstände von Feuerversicherungen daselbst.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Feuilleton und den übrigen Teil: Josef Kliche; für Lokales und Aus dem Lande: Ostar Pauli. — Verlag von Paul Hug u. Co., Motationsdruck von Paul Hug & Co. in Nürtingen.

Dazu eine Beilage und das Unterhaltungsblatt.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.
Rüstringen-Wilhelmshaven.

EINLADUNG
zu dem am **Freitag den 27. Februar 1914**
in Sadewassers Tivoli stattfindenden
Wintervergnügen
— bestehend in —
Konzert, Theater u. nachfolgendem Ball
Das Konzert wird von der Musikkapelle
des Herrn C. Beilschmidt ausgeführt.

Als Theaterstück wird
„Der Raub der Sabinerinnen“
von Mitgliedern des Wilhelmsh. Stadttheaters aufgeführt

Entree:
Männl. Teilnehmer 30 Pf., weibl. Teilnehmer frei!
— Tanzband 75 Pf. —
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Karten sind bei sämtlichen Funktionären und
im Verbandsbureau, Peterstrasse, zu haben.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sonnabend den 21. Februar 1914:
! Grosse Maskerade !

im Volksgarten (früher Tonhallen)
Ecke Park- und Hollmannstr.
veranstaltet vom
Allgemeinen Taubstumm-Verein
Wilhelmshaven-Rüstringen
zum Besten seines Unterstützungsfonds
Anfang 8 Uhr. — Demaskierung 12 Uhr.

!! Grossartige Ueberraschungen !!
Doppeltes Orchester.

Eintritt: Herren maskiert 1.00 Mk.
Damen maskiert 0.75 Mk., Zuschauer
0.50 Mk.

Eintrittskarten sind im Volksgarten, bei den Mitgliedern
sowie abends an der Kasse zu haben. : : :
Kostüme, Kappen etc. im Lokale erhältlich.
Um rege Beteiligung bittet **Das Komitee.**

Kartellkommission.
Donnerstag den 19. Februar
abends 8 Uhr:
Sitzung im Vereinshaus
(früher Edelweiß).

**Deutscher
Banarbeiter-Verein**
Zweigverein Wilhelmshaven-
Rüstringen.
Mittwoch den 18. Februar,
abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
aller im Tiefbau
beschäftigten Erdarbeiter,
Baumer und Rohleger
im großen Klubzimmer
in Sadewassers Tivoli.
Wegen der wichtigen Tages-
ordnung muß ein jeder Kollege,
der im Tiefbau arbeitet, in dieser
Versammlung erscheinen.
Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein
Dangastermoor
und Umgegend.
Sonnabend den 21. Februar
abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Grades Lokal.
Tagesordnung u. a.: Vortrag
des Genossen Poppen, Rüstringen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Arb.-Gesangv. Frohsinn
Freitag den 20. Februar
in Sadewassers Tivoli:
Große Sängermaskerade
30 wertvolle Preise!
Kostüme und Kappen sind im Festlokal
zu haben.
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

Doppelkrone.
Tag und Nacht geöffnet.
Ab Freitag den 20. Februar:
Grosses Bockbierfest.
Es ladet ganz ergebenst ein
Otto Pergande.

**Soziald. Volksverein
Varel.**
Sonnabend den 21. Februar,
abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Kommunales.
3. Bericht des Bildungsaus-
schusses.
4. Wahl der Maifeierkommission
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen er-
sucht
Der Vorstand.

**Soziald. Wahl-Verein
Varel.**
Umständlicher findet die für
Mittwoch 8 1/2 Uhr anberaumte
Partei-Versammlung am Frei-
tag den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal, D. Decker, statt.
Der Vorstand.

Verein für Gesundheitspflege u. Naturheilkunde
Wilhelmshaven-Rüstringen (e. V.)
Sonnabend den 21. Februar, abends 8.30 Uhr,
im grossen Saale des Wertspiechsauses:
Jubiläums-Fest
anlässlich des 25jährigen Bestehens
des Bundes für naturgemässe Lebens- u. Heilweise
Gäste willkommen!
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Festausschuss

Gewerkschafts-Kartell Oldenburg.
Freitag den 20. Februar im Ziegelhof:
Gemeinsame Maskerade
der Gewerkschaften aller Berufe.
Anfang 7 Uhr 61 Min. Ende nicht vorauszusetzen.
Grosses Rendez-vous aller
Tütenkleber, Erbsenausleser, Rosshaarzupfer, Holz-
würmer, Hedeknechte, Gastrompetenbläser, Buch-
macher, Schwarzkünstler, Glockengiesser, Spitz-
bogengläser, Kornwalzenfabrikanten und sonstiger
Anhängsel. — Auch die Kommission zur Anlage
einer Strassenbahn nach dem Ziegelhof hat ihr Er-
scheinen zugesagt. Sie hofft, bei guter Oelung die
gestellte Aufgabe besser lösen zu können. — Der
Kommissionsleiter, Herr Brand aus Berlin, wird
Schmiergelder nicht zur Verteilung bringen können.

**Prämierung der drei schönsten Damen-Masken und
der drei originellsten Herren-Masken.**
Teilnehmer-Karte 1.25 Mk. Im Vorverkauf 1.00 Mk. Zuschauer-Karte 50 Pf.
Alles fidele Volk wird hiermit eingeladen. **Das Komitee.**

**Wochen-Spielplan
des Stadttheaters:**
Donnerstag den 19. Februar abends
8 Uhr: Zum zweiten Male!
Der guttische Fred.
Kußspiel in vier Akten von
Dreitagh.
Freitag den 20. Februar, abends
8 Uhr: Klaffervorstellung
(Abonnement II): Emilia
Galotti. Ein Trauerspiel
von G. E. Lessing.
Sonnabend, den 21. Februar:
Große Doppel-Vorstellung zu
ganz bedeutend herabgesetzten
Preisen. 3 in 1: 1. Emilia
Galotti in 3 Akten v. Blamen-
thal und Adelberg. Hierauf:
Als ich wiederkam. Kus-
spiel in 3 Akten von Blamen-
thal und Adelberg.
Sonntag den 22. Februar, abends
7 1/2 Uhr: Opern-Abend:
Königliche Oper in 5 Akten von
Ch. Gounod.

Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose
in Rüstringen und Wilhelmshaven
Am Donnerstag den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Rathensaal Rüstringen, Wilhelmsh. Str.
Tagesordnung:
1. Beratung der Sitzungen. — 2. Vorstandswahl.
Der provisorische Vorstand.

Städt. Badeanstalt Rüstringen, Obeoogelstraße 12.
— Telefon Nr. 418. —
Geöffnet wochentags von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 8 Uhr.
Sonnabends bis 10 Uhr; an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 11 Uhr
vormittags. Die Schwimmbäder sind für Damen an jedem Montag und
Donnerstag nachmittag, in der übrigen Zeit nur für Herren geöffnet.
Verabreicht werden außer Reinigungs- und Damen-Abteilung) 40 Pf.,
Wader, Wannenbäder (Herren- und Damen-Abteilung) 40 Pf.,
freitags und Sonnabends 30 Pf., für zwei Kinder 30 Pf., Beach-
bäder 15 Pf., für ein Kind 10 Pf. — Dampf- und Heißluftbad
80 Pf., Ganzmassage 70 Pf., Teilmassage 25 Pf., electr. Wasserbad
1 Mk., electr. Wogenlichtbad 2 Mk., electr. Glühlichtbad 2.00 Mk.,
electr. Nohlanmbad, Patent Stanger, schwach 2.50 Mk., stark
3.50 Mk. u. Preislisten in der Badeanstalt erhältlich.

**Verloren am Sonnabend
zwei kleine Schlüssel**
am Messingringchen auf dem Wege
Grenz bis Theilstr. Abzu-
geben gegen Belohnung
Rüstringen, Theilstr. 9, part.
Dabei ist ein Damenmaskefötium
bill. zu verlieren oder zu verkaufen.

Rüsterjieler Hof
Freitag den 20. Febr.
Großes Schlacht-Fest
mit vielfältiger Unterhaltung.
Es ladet fod. ein C. Großinger.
Unter bürgerlicher
Mittagstisch
70 Pf. Mittagstischstr. 12, p.

Kaiserkrone
Jeden Donnerstag u. Sonntag:
Große Tanzmusik
Es ladet fod. ein G. Rudolph.

Für die uns in so überaus reichem
Masse erwiesenen Aufmerksamkeiten
anlässlich unserer Silberhochzeit sagen
wir allen auf diesem Wege unseren
herzlichsten Dank.
Heinrich Vosteen und Frau
Banter Bürgergarten.

Automobilführerschule
Fortwährend Herrenfahrer-
und Chauffeur-Kurse. . . .
von Halle, Rüstringen,
Friederikenstr. 41. Fernspr. 242.
Lehrverträge bei Paul Hug & Co.

Billig zu verkaufen
ein vol. Vertikow, ein kleiner Tisch,
1 Kleiderständer, 1 Bettstelle mit
Matratze, 1 Wäschschiff, 1 Spiegel,
2 Polsterstühle, 2 Bilder, eine
Zigarrenbude für Marktstände
u. 3 Gaslytas. Grenzstr. 74.

Photographie
AUG. IWERSEN
Marktstrasse 34
Telephon 231 — Telephon 231
Eingang: Prinz-Heinrich-Strasse

Codes-Anzeige.
Dienstags morgen 3 1/2 Uhr
stark nach kurzer schwerer
Krankheit unser innigstgeliebter
Sohn und Bruder
Hermann
im Alter von 4 Jahren 7 Mon.
Dies bringen tiefbetriibt
zur Anzeige
Herrn. Freudenberg
und
Frau, geb. Dardewig.
Die Beerdigung findet am
Sonnabend den 21. d. M.,
nachm. 2 Uhr, vom Trauer-
hause, Nordumstr. 1, aus statt.

Reichstag.

216. Sitzung, Dienstag, den 17. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Lisso.

Kurze Anfragen.

Hg. Weismann (Soz.)

Beitrag dazu hin, daß auf eine Anfrage vom 14. Januar 1913 der Reichstagskommission für die Errichtung und den Betrieb von Fabrikarbeitsstätten...

Gesamtheit: Die Vorarbeiten über die Errichtung von Fabrikarbeitsstätten haben noch nicht beendet werden können.

Abstimmungen zum Etat des Reichsanwaltschafts des Innern.

Die Kommission zur Untersuchung der Olympischen Spiele, 48 000 Mark, die die Budgetkommission genehmigt hatte, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten...

Die nationalliberale Resolution, die Erhebungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter in der Großindustrie wünscht, wird angenommen.

Die sozialdemokratische Resolution auf vermehrten Schutz der Jugendlichen und der Arbeiterinnen wird abgelehnt.

Die freirepublikanische Resolution, die das Arbeitsverhältnis der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach bestimmten Grundsätzen regeln soll...

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung der des Realisationsrecht erhaltenden Bestimmungen des Reichs- und Staatsbetriebs...

Einige weitere abgelehnte sozialdemokratische Resolutionen, die einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der deutschen Wirtschaft betreffen.

Angenommen wird die von der Budgetkommission beantragte Resolution, die die Unterbringung der vom Reichsanwaltschaftsamt und Gewerbeaufsichtungsamt ermittelten zentralen Beratungsstellen für die Verbindungsbüro der einzelnen Bundesstaaten wünscht.

Etat des Reichsanwaltschafts

vorgelegt beim Titel „Staatssekretariat“.

Staatssekretär Dr. Lisso: Die Budgetkommission hat, wie schon im Vorjahre, den angeforderten Reichsanwaltschaftsgetreide, obwohl die Zahl der Strafverfahren beim Reichsgericht ständig zugenommen hat...

Hg. Dr. Wolff (Soz.): Eine Verbilligung des Verfahrens ist gewiß erwünscht, nur soll man nicht den Grundloß, billig und schnell, auf die Qualität übertragen in der Form „schnell und billig“.

Arbeiter und Schiffer sollten mehr wie bisher zu Gehör kommen herangezogen werden, ebenso Lehrer, auch mit der Zuziehung der Frauen sollte man einen Versuch machen, speziell bei den Jugendgerichten...

Parteinachrichten.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. In Fraktionsung, die am Montag stattfand, wurden als Redner für das Luftverkehrsgesetz die Genossen Dr. Landsberg und Bender bestimmt.

Genosse Nowagowitz-Königsberg gestorben. Ein alter treuer Genosse, der Vorbild Nowagowitz, ist in Königsberg einem Herzleidener erlegen.

er glaube gewissen Zeugen nicht, weil sie konfessionlos seien, sondern eine schiere Beileidung...

Hg. Wolff (Soz.): Den von der Regierung geforderten festen Reichsanwaltschaft halten wir für unbedingt notwendig.

Hg. Martin (Soz.): Die Lehrer können nicht zu Schöpfen und Geschworenen herangezogen werden, wenn nicht die so wichtigen Aufgaben der Schule werden können.

Hg. Werner-Gersfeld (Anti): Die Lage der Anwaltschaft bedarf einer Befreiung, namentlich in Berlin.

Hg. Landsberg (Soz.): Die erdrückende Mehrheit der deutschen Anwälte hat sich auf dem Deutschen Anwaltsrat gegen jede Beschränkung...

Die erdrückende Mehrheit der deutschen Anwälte hat sich auf dem Deutschen Anwaltsrat gegen jede Beschränkung der freien Advokatur ausgesprochen. Wenn eine solche Beschränkung im Interesse des Publikums gefordert wird...

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

an seine eigene Kraft schloßen. Früher haben die Parlamente ihre Sache selbst gewagt und den Staatsanwalt nicht gebraucht.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

Hg. Wolff (Soz.): Die Anwaltschaft ist ein Beruf, der nicht nur dem Wohl der Allgemeinheit, sondern auch dem Wohl der Einzelnen dienlich ist.

holfen hatte. Obwohl er aber bereits 5 1/2 Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte, rechnete man ihn nur anderthalb Monate davon auf die Strafe an...

„Aufsichtsratsmitglied Dr. Frank.“ Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben in der vergangenen Woche einen langen Artikel darüber publiziert, daß Genosse Dr. Frank...

einen Pfennig Dantieme bezogen. Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß sämtliche Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion in gut bezahlten Aufsichtsratsposten sitzen...

Gemeindefachliche. In der Gemeinde Valente-Gremsmühlen (Fürstentum Lübeck) wurde die im Herbst v. J. vorgenommene Wahl zum Ortsausschuß, die drei Sozialdemokraten...

kraten den Sieg brachte, für ungültig erklärt. Bei der nunmehr vorgenommenen Ergänzungswahl eroberten unsere Genossen sechs Sitze. Von den zwölf Mandaten des Ortsausschusses besitzt die Sozialdemokratie jetzt neun.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. In der „Gleichheit“ lesen wir: Der sozialdemokratische Frauentag findet am 8. März nicht nur in Dänemark, Österreich und der Schweiz statt. Auch die Sozialdemokratinnen in Holland, Ungarn und Rußland werden an diesem Tage Kundgebungen für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, für alle Reformforderungen veranstalten, die die Leiden der proletarischen Frauen mildern und die Kräfte stärken, um für die volle Befreiung durch den Sozialismus zu kämpfen. Die Genossinnen der Vereinigten Staaten von Nordamerika halten ihren Frauentag dieses Jahr am 19. März ab, statt am letzten Sonntag des Februar wie sonst. Überall sind unsere ausländischen Genossinnen mit Feuereifer daran, den Frauentag gut vorzubereiten. Er soll eine impotente Bekämpfung des Willens der erwachsenen Frauen des arbeitenden Volkes sein, daß sie zu den Pflichten als Bürgerinnen in Gemeinde und Staat auch volle Rechte fordern. Und diese Befreiung wird in allen Ländern im Zeichen der leuchtenden Zukunftsoffnung der Arbeiterklasse stehen, im Zeichen des Sozialismus. Aber auch die Genossinnen der Staaten, wo aus dem einen oder anderen Grunde kein Frauentag stattfindet, haben das lebhafteste Interesse für die Kundgebung. Das beweisen Zuschriften aus England, Italien, Finnland und Schweden. Mit ganzem Herzen empfinden dort die sozialdemokratischen Frauen mit den demonstrierenden Schwestern allerwärts. Der Frauentag trägt einen Strom internationaler Solidaritätsgeföhle durch die Welt.

**Gewerkschaftliches.
Ein Protest aus Südafrika.**

Auf einem von der südafrikanischen Zensur nicht erreichbaren Wege ging dem Internationalen Gewerkschaftsbunde folgendes Schreiben zu, das von den leitenden Genossen der Südafrikanischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaft am 21. Januar unterzeichnet wurde und das ein großes Schlagwort auf die Vorgänge in Südafrika wirft:

„Zeit der Entfaltung des Befreiungsstandes und auch schon vorher haben wir auf alle mögliche Art und Weise versucht, sowohl durch den Gewerkschaftsbund, durch die Arbeiterpartei oder durch einzelne Genossen Telegramme nach Europa zu senden, um eine getreue Darstellung der Dinge vom Standpunkt der streikenden Arbeiter zu geben, doch scheint uns — ja wir sind dessen so gut wie sicher — daß alle diese Telegramme von den Behörden unterdrückt wurden, obwohl die Gebühren dafür, in manchen Fällen recht hohe Summen, angenommen wurden. Die einzige Möglichkeit, uns mit dem Ausland in Verbindung zu setzen, ist also die gewöhnliche und langsame Post. In der Tat sind die Verhältnisse bei uns zur Zeit unbehaglich und solcher Art, wie sie unter britischer Herrschaft und Verfassung wohl noch nie dagewesen sein dürften. Die Darstellung, die die Tagespresse in Südafrika über unsere Bewegung gibt, und die auch schon nach uns Ausland telegraphiert wurde, wonach es sich um eine „industrielle Revolution“ handelt, ist einfach schandbar. Sie ist nur bestimmt, in England die öffentliche Meinung und hier im Lande die Stimmung der mittleren Klassen gegen uns einzunehmen. Wir haben dagegen alle Veranlassung, zu glauben, daß die Kritik mit Rücksicht von der Regierung gewünscht und vorbereitet war, um ein-

mallem die Arbeiterbewegung durch einen Gewaltstreik abzuwürgen. Da es sich um eine Bewegung handelt, bei der die Verfassung und die Gesetze des Landes nicht im mindesten verletzt wurden, konnte natürlich dieser Zweck nur unter Ausschaltung des Gesetzes erreicht werden. Es handelt sich also um einen wohlüberlegten Plan der Regierung, die politische Opposition durch die Entfennung ihrer Führer tot zu machen und die Massen der Arbeiter durch den Terror einzuschüchtern, und dabei zugleich die Bewegung der Oppositionspartei des Generals Herkog durch die Ausschaltung des Massenheeres der Ant-Holländer gegen den „gemeinsamen Feind“ unmöglich zu machen.

Auf unserer Seite geschah alles Mögliche, um die Bewegung in den Grenzen einer friedlichen und wirtschaftlichen Aktion zu halten. Unsere Demonstration am 11. Januar auf dem Marktplatz zeichnete sich durch anstehende Ordnung und Selbstbeherrschung der Massen aus. Aber sie war zugleich ein dramatischer Beweis dafür, daß die Ruhestörung im vorigen Juli nur auf das Vorgehen der Polizei und der Soldateska zurückzuführen war, denn diese griff damals die Menge an. Diesmal war weder ein Schußmann, noch ein Soldat in Sicht, und obwohl die Behörden den Strafgeheimdienst eingestellt hatten, war die Masse der Teilnehmer an der Demonstration noch viel größer als am 4. Juli. Weder bei Gelegenheit dieser Massenversammlung noch jemals vor oder nachher hat man den Streikenden die geringste Gewalttätigkeit nachweisen können. Sogar die Lokalpresse hat sich zu der Bemerkung verpflichtet gesehen, daß das Verhalten der Streikenden sehr ordentlich und zurückhaltend gewesen sei. Einige isolierte Fälle angeblicher Verbrechen von Gewalttätigkeiten waren völlig erfolglos und zweifellos von anderen Gegnern eingeleitet.

Das Kriegsgericht wurde um Mitternacht am 13. Januar in Kraft gesetzt, in der Tat ein in der Geschichte wirtschaftlicher Kämpfe merkwürdig rücksichtsloses Vorgehen. Führer und Mitglieder wurden in Massen verhaftet, darunter die gesamten Vorstände der hiesigen englischen Maschinenbauorganisation, des Eisenbahner- und Hafenarbeiterverbandes, sogar die anstelle der verhafteten Komitees eingesetzten Ersatzkomitees wurden verhaftet. Das Gleiche geschah mit dem Parlamentsmitglied Großvass, der Mitglied der Arbeiterpartei ist, mit einer Reihe von Arbeitern der Provinzial- und Stadträte, Arbeiterkandidaten usw. Alle diese Verhaftungen haben während der ganzen Krise und ohne Ausnahme sich mit aller Verbe gegen jede Anwendung von Gewaltmitteln gewendet. Trotzdem wurden sie eingekerkert, ohne daß eine Anklage erhoben worden wäre oder eine Verhandlung stattgefunden hätte. Ihre Verhaftung ward verfügt für eine unbestimmte Zeit, und einem Teil der Gefangenen wurde nicht einmal gestattet, ihren Rechtsbeistand zu sprechen. Zweifellos wird man zu den schwersten Beurteilungen kommen, und es scheint sogar die Deportation der Führer bevorzustehen. (Mit bekanntlich inzwischen schon getretenen) Eisenbahner und Bergarbeiter werden allenthalben in Massen aus ihren Wohnungen getrieben.

Friede im österreichischen Buchdruckergewerbe. Der seit längerer Zeit in Aussicht stehende Friede im Buchdruckergewerbe ist nunmehr perfekt geworden. Die Arbeit wurde am 16. Februar wieder aufgenommen. Bei den Vergleichsverhandlungen haben die Vertreter des deutschen Tarifamtes wesentlich mitgewirkt. Am 31. Januar schon endeten die viertägigen Verhandlungen unter Anteilnahme von sechs Vertretern des deutschen Tarifamtes, in denen eine einmütige Verständigung über die Hauptpunkte: Lohn, Arbeitszeit,

Maschinensatz, Tarifdauer für Berechner, Druck, Arbeitsnachweis und Tarifdauer zustande kam. Die bisherige achtjährige Tarifdauer ist um die Hälfte gekürzt worden. Der paritätische Arbeitsnachweis, eine Hauptstreitfrage zwischen den Parteien, gelangt zur Erfüllung und dadurch die bis jetzt ausschließlich bestehende Stellenvermittlung der Gehilfen zur Auflösung. Ferner sollen die diesmal während der Tarifdauer zur Anwendung gekommenen Kampfmethoden der passiven Resistenz und der Aussperrung als dem Geiste der Tarifgemeinschaft widersprechend erklärt werden. Im Anschluß an jene Verhandlungen haben unter Anteilnahme des Geschäftsführers vom deutschen Tarifamte und teilweiser Mitwirkung des Vorstehenden seitdem weitere Beratungen stattgefunden, die eine Reihe noch offener Differenzpunkte erledigten. Da in zahlreichen Fragen eine Einigung der Parteien nicht erzielt werden konnte, wurden Schiedssprüche unter Vorbehalt österreichischen Beamten aus dem Bundesministerium gefällt. Da mit dem 27. Dezember der Kampf auf der ganzen Linie eröffnet war, am 29. November jedoch Aussperrung und passive Resistenz schon in einem ansehnlichen Umfange in Anwendung war, so ist eigentlich von einer einhundertprozentigen Kampfdauer zu sprechen. Es war das der größte wirtschaftliche Streik im österreichischen Buchdruckergewerbe, der mit großer Festigkeit von beiden Seiten geführt wurde.

Die Gärtnerbewegung in Norddeutschland weist im verfloffenen Jahr wiederum einige Fortschritte auf, die um so höher zu veranschlagen sind, als auch die Gärtner selbst im Sommer unter einer starken Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Die Zahl der Mitglieder hier im norddeutschen Gau des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins von 1854 auf 1902 ist insgesamt 1032 Neuzugnahmen. Die starke Inflationskurve hat in den Eigenbetrieben des Berufs eine nur zu verständliche Erklärung. Die Organisation hat an innerer Festigkeit gewonnen, sieg doch der Markennachdruck, welcher als die Ursache der Arbeitslosigkeit, nämlich um 6972 auf 82315 Marken im Jahre 1913, Lohnbewegungen, zum Teil um lächerlich geringe Erhöhungen, mußten geführt werden in Braunschweig, Bremen und Elmshorn, die in ihrem schließlichen Ergebnis sämtlich befriedigten. In Hamburg ist der Tarif für Landschaftsgärtner zum 15. März gekündigt. Das Kost- und Logiswesen ist mit allen feinen Auswüchsen noch immer vorhanden. In vielen Fällen hat der Allgemeine deutsche Gärtnerverein verlangt, daß die sogenannten Wohnungen photographiert wurden, damit sie im Lichtbild gezeigt werden konnten, was an einer Reihe von Orten geschah. Die Beschäftigung ungelerner Arbeiter nimmt ständig zu, besonders in den Baumschulen und den Landschaftsgärtnerbetrieben. Die Lehrlingslöhner nimmt aber andererseits durchaus nicht ab, so daß viele Gärtner den Beruf verlassen müssen.

Kommunalpolitisches.

Die Arbeitslosigkeit. Der Stadtrat in Dresden beschloß, weitere 10000 Mark zur Unterhaltung der Arbeitslosen aus dem gemeinnützigen Fonds bereitstellen, da die bisher bewilligten 45000 Mark ziemlich aufgebraucht sind. Gleichzeitig mußte aber der Unterhaltungslohn einer Mark auf 75 Pf. pro Tag und der für jedes unversorgte Kind von 25 auf 15 Pfennige herabgesetzt werden. Mit der Verteilung der 10000 Mark soll wegen der Dringlichkeit begonnen werden, ohne erst die Zustimmung der Stadtvorordneten abzuwarten. Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in Dresden noch nicht ab; in vielen Berufen hat sie sogar zugenommen. So zählt jetzt allein die Dresdener Zahlstelle des Metallarbeiter-

Ein kleines Heuilekon.

Stadtheater: Großstadtkunst.

Die Firma Blumenthal und Stadelburg hat uns im Laufe der Jahrzehnte manchen willigen Schwanz und manches nette Lustspiel beigesteuert, die zu unzähligen Malen über die Bretter der deutschen Bühnen gingen. Gewiß, es war meist hochtrabend, was die fidele Kompagnie inszenierte, künstlerische Tiefe mangelte gar häufig, aber Scharung und Bühnenwirkung war zumeist vorhanden. Und das ist es, was bei der Menge, die da angeschlossen lebt und leben will, den Erfolg ausmacht. Die Autoren zählten zur Gehaltsklasse zu den Meistgezahlten. Ob Blumenthal auch heute noch so bühnenwirksam schreibt, wie ehemals, wird sich auch bei uns noch zeigen, denn bekanntlich bereitet die Direktion eine Aufführung seines vorjährig erschienenen Waffengang vor. Großstadtkunst ist wohl über alle deutschen Bühnen gegangen und hat immer kein Publikum gefunden. Bei uns ließ gestern allerdings der Besuch zu wünschen übrig, das ist bedauerlich, denn die Vorstellung war recht nett. Herr Zillig, der Geld, spielte den Fleming sehr wirkungsvoll. Ebenso waren die Herren Bredé (Schöder) und Köchy (Dr. Crunius) recht gute Erscheinungen. Gleiches ist von den Damen zu sagen. Frä. Minnauf, die man die Frä. Schneider dieses Jahr infolge der Mannigfaltigkeit des Spielplans so selten sieht, war eine allerliebste kleine Frau Rechtsanwältin. Für schelmisches Lachen, das ihr so leicht niemand nach macht, liebt sie gestern wieder allerliebste. Recht brav war Frä. Schneider als Sabine, auch ihr Spiel ist immer reizend. Die beiden Klatschbösen (dortzulande Frau Nestor und Frau Dr. genannt) lagen in den geübten Händen der Damen Woisch und Velte, das Spiel selbst in denen des Herrn Bredé.

„Quo vadis?“ als Musikdrama! Uns wird geschrieben: Nach dem bekannten weltberühmten Roman des polnischen Dichters Henryk Sienkiewicz „Quo vadis“, der in mehr als 30 Sprachen übersetzt und in Millionen von Exemplaren verbreitet ist, hat ein verhältnismäßig junger Komponist Felix Nowowiejski, jetzt Direktor der Musikalischen Gesellschaft in Krakau, ein gleichnamiges Musikdrama „Quo vadis“ für gemischten Chor, Soli, Orchester und Orgel komponiert, das in Amsterdam erstmals am 22. Oktober 1909 mit so außerordentlichem Erfolg aufgeführt wurde, daß

drei Wiederholungen folgen mußten, zu denen noch einmal vorher schon alle Eintrittskarten stets ausverkauft waren. (Besuch 8000 Personen.) Gleich im ersten Jahr nach dem Erscheinen erlebte dann das überaus wirkungsvolle Werk in über 30 Städten des In- und Auslandes einen unbestrittenen großen Erfolg, wie er wenigen Chordirigenten der Neuzeit zuteil wurde. Auf die außerordentlichen Fähigkeiten des Komponisten, der am 7. Februar 1877 in Crumlande geboren wurde, werden wir noch zurückkommen und jetzt nur hervorheben, daß er nicht weniger als sieben mal als Sieger in großen staatlichen Musikwettbewerben hervorgegangen ist und u. a. zweimal den großen Meyerbeer-Preis von 4500 Mark sich geholt hat. Ueber das Werk selbst herrscht nach den vorliegenden Urteilen bedeutender Fach- und Tageszeitschriften sowie Musikkritiker nur eine Stimme. Bezeichnend ist wohl, daß es in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits über 100 Aufführungen erlebt hat. Professor Dr. Schreiber-Szuda schreibt: „Der Nowowiejski'sche Drame kann verbreiten hilft, der leistet nicht bloß eine große musikalische Tat, sondern — was ich sehr betonen möchte — ein Werk der Volkserziehung und Volksveredelung im besten Sinne des Wortes.“

Wie wir hören, hat die Wilhelmshabener Bürgerliedertafel unter Leitung ihres verdienstvollen Chormeisters Herrn Fichtner das Wagner'sche Unternehmen, uns mit diesem Werke bekannt zu machen. Die Aufführung soll Anfang Oktober stattfinden. Als Solisten sind u. a. Herr Oepensänger Klau als Leuzig gewonnen, welcher unsere Musikfreunden ein lieber Bekannter aus dem 3. Jt. von Meister Nothe angeführten Musikwerk „Aus Deutschlands großer Zeit“ sein wird. Möge dem regen Verein ein voller Erfolg beschieden sein.

Patriotismus im Kampf. Das „Börnenblatt für den Deutschen Buchhandel“ enthält in seiner Nummer 34 vom 11. Februar 1914 folgendes interessante Zitat:

Reinigung (gegen 30000 Expl.) einer in großen Auflagen abgesetzten guten, billigen und wirksamen Broschüre, welche die Regierungstätigkeit Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. in gemeinverständlicher Weise behandelt, besonderer Umstände halber ganz oder teils billiger abzugeben. (Gef. Anfragen usw.)

Der Geist der Zukunftslosigkeit muß arg um sich gegriffen haben, wenn so verstimmdie Lektüre schon im Kampf verkauft werden muß.

„Molan“, Monatschrift für freileibliche Erziehung in Haus und Schule, herausgegeben von Heinrich Schapermann, Verlag von W. V. Junfermann in Hamburg. Erscheint einmal im Monat, Preis halbjährlich 2 M., Einzelheft 40 Pf. Inhalt von Heft 2: Aus der Tragödie eines jungen Lehrers; Aus meiner Gemeindefreunde; Redigierender Kollege; Kunst und Bildung; Drei Aufsätze, die zu denken geben; Bei der Arbeit; ein schöner Ausflug; Zum Baden; ein paar Stunden in den Anlagen; Bücher: Karl Benz; Ron Oedel; zur Philosophie; Dr. Ernst Schulze; Kulturfragen der Gegenwart; Fr. Franz: Erziehung zur Verantwortlichkeit; Peter Schmittler; Soll mein Sohn Lehrer werden; Ernst Schwann; Die Arbeitsmethode in der einflussreichen Volksschule; H. G. Schulze; Der Sprachunterricht in der Volksschule; Andreas Thom; Lindeise; eine Erzählung; Tule; Amosische Dichtung und Prosa; Dr. Emil Weber; Reichliche Gestaltung und Bildungsarbeit; Heimblätter deutscher Kunst; Liedtexte; Die Wirkung der Ortschulenaufsicht auf den Unterricht; Dienerarbeiten in der Kleinstadt.

Notizen. In unserem Wiener Parnestierlag ist bereits die Märzzeitung erschienen. Sie kostet 25 Pf. — Der Hamburger Kapellmeister Felix Weingartner ist als Erster Dirigent für das neue internationale Opernunternehmen in Paris verpflichtet worden.

Es muß doch fröhlich werden!

Von Emanuel Geibel.

Und dräut der Winter noch so sehr mit trogigen Gebärden und streut er Eis und Schnee umher: Es muß doch fröhlich werden!

Wast nur, ihr Stürme, bloß mit Macht, mir soll darob nicht bangen, auf leinen Sohlen ihr Macht kommt doch der Feig genügen.

Da wackelt die Erde gütigend auf, weiß nicht, wie ihr geschehen, und laßt in den sonnigen Himmel hinauf und möchte vor Lust vergehen.

Drum still! Und wie es freieren mag, o Herz, gib dich zufrieden; es ist ein großer Winternag der ganzen Welt beschieden.

Und wenn die oft auch bangt und graut als sei die Hölle auf Erden, nur umvergast die selbst vertaut! Es muß doch fröhlich werden!

verbandes über 1800 Arbeitslose, deren Zahl in einem Monat um über 400 gestiegen ist.

Die Berliner „Einkommensteuer“. Mehrere Direktionen von Berliner Vermögensbesitzern hatten die Rechtsgültigkeit der Berliner Einkommensteuer angefochten, da die Steuer eine Einkommensteuer sei. Der Bezirksausschuß hat jedoch die Klagen abgewiesen, da es nicht Sache des Gerichts sei, darüber zu befinden, ob die Sähe einer Einkommensteuer zu sein oder nicht. Überbier liege die Entscheidung lediglich den Ministerien ob, die die Ordnung genehmigt hätten, im vorliegenden Falle dem Oberpräsidenten und dem Minister des Innern. Die Interessenten wollen nun die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeiführen.

Soziales und Volkswirtschaft.

Uebernahme der Schullosen auf den Staat. Die Uebernahme der Schullosen auf den Staat ist eine alte sozialdemokratische Forderung, die nicht nur im Parteiprogramm steht, sondern die auch in den bundesstaatlichen Landtagen, wo Sozialdemokraten sitzen, immer wieder und immer wieder beantragt wird. Die „Konservative Korrespondenz“ steuert nun, soweit Preußen in Frage kommt, ganz ausgezeichnetes Material für diese Forderung bei. Sie befragt die großen Unterstände in der Verwaltung der Gemeinden durch die Schulausgaben und beruft sich dabei besonders auf den Aufsatz eines Herrn Dr. Schiele-Mannburg. In dem Aufsatz wird darauf hingewiesen, daß die preussische Volksschule, die im Prinzip unentgeltlich ist, diesen Charakter durch die verschäbdenartige Verwaltung der Gemeinden völlig verloren habe. Dr. Schiele macht darauf aufmerksam, daß es reiche Gemeinden gibt, die, um ihre Schullosen zu decken, nur 50 Prozent und im Grenzfall nur 17 Prozent ihrer Einkommensteuer anzugreifen brauchen, daß es andererseits aber arme Gemeinden gibt, die für ihre Schullosen mehr als 100, ja 500, 700 oder 800 Prozent aufbringen müssen, also beinahe das Vierzigfache der Aufwendungen, die die glücklichsten Gemeinden nur zu machen brauchen. Große Gemeinden wenden pro Kopf der Schulkinder 120 Mark auf, ohne ihre Steuern besonders anzuheben zu müssen, während die ärmeren Gemeinden bei ihrem großen Aufwand nur 20 Mark auf den Kopf des Schulkindes ausgeben können. Die „Konservative Korresp.“ fügt diesen Mitteilungen hinzu, daß man auf dem an sich schon bevölkerten Lande den Zugang von Familien mit Kindern mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern suche, nur um die Schullosen nicht noch mehr zu steigern. Die Widerständigkeit dieser Erscheinung trete besonders scharf zutage in einer Zeit, in der man große Summen für die innere Kolonisation, d. h. für die Wiederkolonisation des Landes ausbe. — Wenn das alles die Konservativen einsehen, ist mir zu verwundern, daß sie, die im preussischen Landtage doch die Macht haben, nicht zu dem einseitigen Wirkamen Hilfsmittel übergehen: die Uebernahme der Schullosen auf den Staat. Freilich hat das gewisse Konventionen. In Ostpreußen befindet sich jetzt die Schule völlig in Abhängigkeit von den Ämtern. Sie können dafür sorgen, daß die „dümmsten Arbeiter“, die ihnen die Leihen sind, nicht aussteuern. Mit einer Abfederung der Schullosen sollte notwendigerweise auch eine Befreiung des ländlichen Schulbesitzes eintreten, und das will man in konservativen Kreise so lange als irgend möglich, verhindern.

Aus dem Lande. Vom Landtage.

Die Tagesordnung für die am Freitag den 20. Februar, vormittags 10 Uhr, stattfindende 12. ordentliche Sitzung des Landtages enthält u. a.:

Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg über die Einrichtung eines Schulbundes des Herzogtums Oldenburg.

Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Landeslehrervereins, betreffend Volksschulferien.

Bericht des Verwaltungsausschusses über eine Petition des Rechnungsführers W. v. d. Brink in Brake, betreffend Beschwerde über Nichtspruch der Gerichte in seiner Privatklage gegen den Zeitungsredakteur Thole in Bockst.

Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck über die Zusammenlegung der Grundstücke (Verdoppelung), über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld wegen Abänderung des Fischereigesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 25. März 1879.

Bericht des Finanzsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung betreffend die Staatliche Kreditanstalt, und über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Umwandlung des „Neuen Ganjes“.

Der mündliche Bericht des Finanzsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuererhebung für das Jahr 1912.

Dann die schriftlichen Interpellationen.

Eingegangen ist der Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf auf Abänderung des Fischereigesetzes für das Fürstentum Birkenfeld. Der Finanzsausschuß beantragt: „Der Landtag wolle die Beschlüsse für den Umbau des „Neuen Ganjes“ und Bestimmung einer Zentralheizung mit 27 000 Mark bewilligen.“

Feldhausen. Beim Transport eines querschnitten T-Stüdes erlitt der Arbeiter Friedrich J. aus Grasshof, welcher für die Firma von Hof aus Bremen beim fiskalischen Wasserwert Feldhausen in Arbeit stand, einen Unfall, indem er sich eine Quetschung des rechten Fußes zuzog. J. mußte ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen.

Jever. Die Beteiligung bei der am 15. d. M. in der „Araube“ stattgefundenen Auswahlgewahl zur All-

gemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Jever, die nachmittags von 3 bis 7 Uhr stattfand, war nicht stark. Von den Arbeitgebern sind 121 Stimmen, wovon 3 unglücklich, und den Arbeitnehmern 217 Stimmen, wovon 4 unglücklich, zu je demal 2 verschiedene Listen in einem Kuber waren. Auf Liste I, Arbeitgeber (Wahlvorschl. des Vorstandes), entfielen 40, und Liste II, Arbeitgeber (Wahlvorschl. des Handels- und Gewerbevereins, Handwerkerbund und alter Bürgerverein), 78 Stimmen. Liste I enthält danach 2 Sitze im Ausschuß und 4 Ersatzmänner; Liste II 4 Sitze im Ausschuß und 8 Ersatzmänner. Auf Liste I, Arbeitnehmer (Wahlvorschl. des Vorstandes), entfielen 29; Liste II (Wahlvorschl. des Gewerkschaftsartells) 149 und Liste III (Wahlvorschl. des Handels- und Gewerbevereins, des Handwerkerbundes und alter Bürgerverein) 35 Stimmen. Liste I erhält demnach 1 Sitz im Ausschuß und 2 Ersatzmänner, Liste II 9 Sitze im Ausschuß und 18 Ersatzmänner, Liste III 2 Sitze im Ausschuß und 4 Ersatzmänner. Von den Arbeitnehmern haben nur 25 Prozent ihr Wahlrecht ausgeübt und hat die Höhe des Stimmzells die meisten Erfolge zu verzeichnen.

Oldenburg. Erhängt hat sich der im bemächorteten Coersten mobilhafte selbständige Geschäftsführer und Dienstmann G., er soll sich eine ganze Reihe von Veruntreinungen in seinem Dienste haben zuschulden kommen lassen. Es sollen aus dem ihm zum Transport übergebenen Butterfässern und Kisten größere Mengen Butter verschwinden sein. Die von der Polizei angestellten Nachforschungen waren aber immer erfolglos.

In der Sitzung des Gesamtstadtrates am Dienstag ist der Amtsassessor Hartong zum Stadthauptmann mit 31 Stimmen gewählt worden. Herr Hartong tritt sein Amt am 15. März an. Sein Gehalt wurde auf 6000 Mark steigend bis 8000 Mark festgesetzt.

Eine Versammlung der Funktionäre fand hier im Gewerkschaftshaus am Dienstag statt. Ersterlicherweise war dieselbe sehr gut besucht. Die Versammlung war einberufen, um eine planmäßige Agitation für die Partei und die Arbeiterpresse einzuleiten. Ueber die Frage der Agitation und Organisation referierte der Parteisekretär Genosse Meyer-Wilfringen. Die Versammlung erklärte sich bereit, die Werbearbeit zu übernehmen und steht zu erwarten, daß ein Erfolg diesmal nicht ausbleibt, wenn alle Kreise mit der notwendigen Energie an die Arbeit gehen.

Die Landesbank verteilt für das Geschäftsjahr 1913 12% Prozent Dividende wie im Vorjahre.

Geradezu lebensgefährlich ist die Passage des Melbörns geworden. Die Uferböschung des Grabens an der Stadtseite ist stellenweise mehrere Meter lang eingestürzt und ist dadurch zirka 1/2 Meter des Fußweges in den Graben gerückt, sodaß große Einbüchtungen in dem Wege entstanden sind.

Die Maskerade des Gewerkschaftsartells findet am 20. Februar im „Ziegelhof“ statt. Nach den geleiteten Vorarbeiten wird die Arbeiterschaft einen vergnügten Abend erleben. Die Festlichkeit wird verschiedene Vorkommnisse der Offenlichkeit in humorvoller Weise zur Darstellung bringen.

Delmenhorst. Mit der Sebung der staatlichen Einkommensteuer und Vermögenssteuer, der Gemeinde-, Schul- und Kirchenumlagen nach der Einkommensteuer, des Schulgeldes für die höheren Schulen und für die Fortbildungsschulen und des Mobiliarsteuervertrages, alles für die Zeit vom 1. November 1913 bis 30. April 1914, sowie der Beiträge zur Handelskammer und der Hundesteuer (Zugang) ist begonnen. Die Hebungszeit läuft bis einschließlich 7. März d. J. Gehoben wird demnach von 9 bis 1 Uhr in der Stadtkämmerei, Rathaus Nr. 4 unten. Während der letzten Hebungswache wird bei großem Andrang auch im Zimmer Nr. 3 unten gehoben. Wegen der am 7. März d. J. nicht entrichteten Beträge wird absondern sofort das Betreibungsverfahren eingeleitet. Vom 9. bis einschließlich 14. März d. J. ist die Stadtkämmerei wegen der mit der Einleitung des Betreibungsverfahrens verbundenen Arbeiten geschlossen. Einmalige Gelände um Stundung sind spätestens am 7. März d. J. entweder schriftlich oder mündlich im Rathaus I, Zimmer Nr. 6, anzubringen und eingehend zu begründen. Ausgabungen finden an den Hebungstagen nur statt, soweit die Abfertigung der Steuerzahler dies gestattet. Der Stadtmagistrat muß ferner noch darauf aufmerksam, daß die hiesigen Banken, sowie die städtische Sparkasse kostenfrei die Ueberweisung der Steuern an die Stadtkämmerei vermitteln. Der übermittelnden Stelle ist vom Steuerzahler stets die auf dem Steuerzettel stehende Hebungsummer mitzuteilen. Wenn Quittung gewünscht wird, ist auch der Steuerzettel vorzulegen.

Nordenham. Der seit dem 27. Dezember v. J. vermisste Gerhard Wilmms, ein Beteron von 1870/71, wurde am Sonntag im Stielke zu Großenhain als Leiche aufgefunden. Die Beerdigung fand Dienstag statt.

Wesern. In dem Bericht von der letzten Gemeinderatssitzung muß es heißen: „Wegen die Stimmen der Herren Dutschke und Gullmann wurde Einpruch erhoben gegen den Landtagsbeschluß betr. Zwangsfortbildungsschulen.“ Also nicht „Gurrelmann“.

Emden. Unsere außerordentliche Wahlvereinsversammlung vom 16. d. M. stand unter dem Eindruck der Wahl eines Filialexpeditienten für das „Norddeutsche Volksblatt“ und war demzufolge außerordentlich stark besucht. Das Lokal war kaum groß genug; viele Parteigenossen mußten sich mit einem Stehhalg begnügen. Der Vorsitzende, Genosse Stukenbrof, wies dem auch in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß es erfreulich sei, einmal eine so gut besuchte Parteiverammlung zu haben, wünschte aber, daß auch den anderen Parteiverammlungen, die mindestens ebenso wichtig seien, dasselbe Interesse dargebracht werde. Gleichfalls ermahnte er, daß die Erscheinungen, die bei der Besetzung des Expedientenpostens ihre Stimme abgeben wollten, auch Leser des Volksblattes seien und wo dieses nicht der Fall sei, unbedingt das Verlangen nachgeholt wurde. Madam erhielt der Genosse G u g aus Nürtingen das Wort zu seinem Vortrage: „Die all-

gemeine politische Lage und die Sozialdemokratie“. Redner streifte in seinem hochinteressanten und mit großem Erfolg aufgenommenen Referat die augenblicklichen wichtigsten Erscheinungen am politischen Horizont; kam auf die Zäberner Angelegenheit und ihre Behandlung im Reichstage zu sprechen, zog Vergleiche über die monarchischen Verhältnisse anderer Staaten und die Breiten-Deutschlands und kam zu dem Schluß, daß, trotzdem in puncto Volksbildung Deutschland an erster Stelle markiere, seine Staatsverfassung die aller erbärmlichste sei. Die Regierung kümmere sich wenig um die Volkseinnahme; es sei ihr einerlei, welche ungeheure Stimmengahl die Sozialdemokratie hinter sich habe. Bei der Regierung würden die Stimmen nicht gezählt, sondern genossen; die Stimmen des Proletariats seien für zu leicht befunden, weil ihnen der Geldfuß fehle. Der Referent forderte die Anwesenden auf, fröhlich mitzuarbeiten an der Fortpflanzung unserer Ideen. Jeder an seinem Teil müsse beteiligt sein; die Reihen der Gemeindefunktionäre und der sozialdemokratischen Partei zu stärken und der Arbeiterpresse, dem „Nordd. Volksbl.“, neue Kräfte zuzuführen. Da eine Ansprache über dieses Referat nicht beliebt wurde, konnte gleich in den zweiten Punkt der Tagesordnung: Wahl eines Filialexpeditienten eingetreten werden. Der Genosse Stukenbrof führte aus, daß der durch die vorerwähnte Parteiverammlung erweiterte Vorstand in Verbindung mit dem Bezirkssekretär und dem Genossen G u g als Vertreter der Geschäftsleitung eine gemeinsame Sitzung der eingegangenen Beteiligungen vorgenommen habe. Die nachmittags um 5 Uhr stattgehabte Kommissions-Sitzung habe den Genossen G u g beauftragt, das Ergebnis der gemeinsamen Beratungen der Parteiverammlung bekannt zu geben. Der Beauftragte entledigte sich seiner Aufgabe in allgemeiner berediger Weise. Er gab der Versammlung kund, daß zuerst eine Abstahl gefordert sei und aus dieser Abstahl heraus seien zwei Bewerber bestimmt, die der Versammlung zur Wahl vorgeschlagen werden sollen. Die im Anschluß hieran vorgenommene Wahl ergab, daß der Genosse Semann Stube aus Emden mit 142 Stimmen gewählt wurde; sein Gegenkandidat erhielt 10 Stimmen; außerdem wurden 5 weiße Zettel abgegeben. Der mit 10 großer Stimmgahl gewählt Genosse Stube wird sein Amt am 1. März antreten und werden dann jedenfalls alle die gestellten Wünsche in bezug auf die Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse im redaktionellen Teil, zur Zufriedenheit aller erledigt werden. Da unter Parteiangelegenheiten nichts mehr vorzubringen war, wurde gegen 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

Einen Bein- und Knöchelbruch sowie andere Verletzungen zog sich am Montag der Bohrer Somann auf den Nordverbohrer arbeitete, sich in dessen Schlauchleitung verfang und zu Boden gerissen wurde.

Aus aller Welt.

Die Gefährdung des Staats durch Postkarten. Der zur national-politischen Partei gehörende Postkartenhändler Ladislaus Malenowski wurde am Dienstag von der vierten Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten im Sinne des § 130 des Strafgesetzbuches durch Verbreitung von Postkarten mit national-politischem Inhalte zu 150 M. Geldstrafe eventuell dreißig Tage Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde beschloffen, die Postkarten eingeziehen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hofmeister, aus, es handele sich um Aufreizung der Nationalisten gegen deutsche Staatsbürger. — Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt; nur das Urteil wurde in nichtöffentlicher Sitzung verkündet.

Militärjustiz. Der Arbeitslos Adolf Sipo hatte sich in Königsberg vor dem Kriegesgericht wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Achtungsverletzung zu verantworten. Beim Anmarsch zum Turnen stieß der Sergeant Wammagat den Angeklagten an. Dieser erklärte: „Der Sergeant, ich verbitte mir das, wenn Sie das tun, so ist das ein tätlicher Angriff.“ Dann soll er dem Sergeanten auf die Hacken getreten haben. In der Bemerkung wurde Achtungsverletzung und in dem auf die Hacken treten — tätlicher Angriff erblid. Vier Soldaten bekundeten jedoch, daß es nur auf Zufall zurückzuführen gewesen wäre, daß der Arbeitslos dem Sergeanten auf die Hacken getreten habe. Trotzdem beantragte der Anklagevertreter zwei Jahre und einen Tag Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage des tätlichen Angriffs frei, da es sich nicht davon überzeugen konnte (trotz der bekundeten Aussage des Sergeanten), daß der Angeklagte absichtlich dem Sergeanten auf die Hacken getreten habe. Wegen der Bemerkung: „Der Sergeant, ich verbitte mir das“ und wegen Ungehorsams erkannte das Gericht auf zwei Monate Gefängnis.

Dienstmädchenklau. Das Landgericht Quisburg hat am 11. September v. J. den Fäbder und Bergmann Hermann Ebbers in Sterkrade, welcher der Verführung seines noch nicht 16 Jahre alten Dienstmädchens Gertrud C. beschuldigt war, wegen tätlicher Verleitung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hat das Mädchen wiederholt in der schwächsten Weise attackiert, obwohl er Frau und Kinder hat. Nur weil aus den Aussagen des Mädchens nicht entnommen werden kann, daß die Verführung zur Vollendung gekommen ist, hat das Gericht von einer Bestrafung aus § 182 abgesehen und den Angeklagten nur wegen tätlicher Verleitung verurteilt. Die C. hat längere Zeit hindurch die unwillkürlichen Angriffe des Angeklagten notgedrungen geduldet, weil sie wußte, daß der Angeklagte einen Revolver besaß und sich vor ihm fürchtete. Den Straf Antrag hat die Mutter des Mädchens gestellt, da der Vater wegen Geisteskrankheit entmündigt ist. Die Revision des Angeklagten, welcher die Billigkeit des Straf Urteils bestritt und die Feststellungen bemängelte, wurde anfreitrag vom Reichsgericht verworfen.

„Apachen-Idyll“. In das Berliner Rosenkranz- und Spachentheil führte eine Anklage wegen Strafenraubes, die vorgelegten das Schöffengericht des Landgerichts I in Berlin beauftragte. Der Angeklagte, der sich „Arbeiter“ nennt, ist der Fingerringgänger Adolf Karna, ein erst 20 Jahre alter Mensch, der der Kriminalpolizei wohl be-

